Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank.“

Nr. 883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 17. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 15. Dezember. Der König hat dem Bibliothekar der k. Bibliothek zu Berlin, Dr. Bruns den k. Kr.-Ord. 3. Kl., dem Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten Konrad von Sydow zu Haus Wischelingen im Landkreise Dortmund die Kammerherrnwürde verliehen, den Appell.-Ger.-Rath Henschke in Glogau zum Ober-Trib.-Rath ernannt sowie den Appell.-Ger.-Rath Schoenstedt zu Glogau in gleicher Eigenschaft an das Appell.-Ger. in Frankfurt a. M. versetzt. Dem Rechtsanwalt Fabra zu Naumburg im Reg.-Bez Kassel bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als Justiz-Rath verliehen, den Stadtrath Meckbach zu Danzig, in Folge der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl, als zweiten Bürgermeister der Stadt Danzig für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer und den bisch. unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Siegen, Heinrich Holzklau, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der provis. Lehrer Höhne ist als ord. Lehrer bei der k. Taubstummen-Anstalt zu Berlin angestellt worden.

Aus dem Reichstage

wird uns von fortschrittlicher Seite Folgendes geschrieben:

Σ **Berlin,** 15. Dezember. Der gestrige Tag hat dem Fürsten Bismarck wenig Früchte gebracht. Einige redaktionelle Verbesserungen des Strafgesetzbuches von 1870 wurden angenommen, dazu den Vormundschaftsbehörden das Recht ertheilt, Verbrecher unter 12 Jahren in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt zu bringen. (Fürst Bismarck wollte auch der Polizei Rechte gegen die kleinen Uebelthäter geben). Endlich wurde zwar in dem vielbesprochenen Schutzmannsparagraphen das Strafminimum von 14 Tagen Gefängniß eingeführt, zugleich aber die Klausel eingeschoben, daß beim Vorhandensein mildernder Umstände auch wie bisher mit Geldbuße oder kürzerer Gefängnißhaft gestraft werden könne. Auch in dieser wesentlich abgeschwächten Form gelangte die Aenderung nur mit 143 gegen 137 Stimmen zur Annahme. Offenbar aber bildet die Strafnovelle nur den Rahmen, in welchem und hinter welchem andere politische Dinge vorgehen und verfolgt werden. Fürst Bismarck arbeitet an der Sprengung der nationalliberalen Partei und der politischen Vernichtung Laskers mit der ganzen ihm eigenthümlichen Energie. Drohungen und Schmeicheleien werden dazu je nach der Natur der verschiedenen Abgeordneten im reichlichsten Maße verwendet. Reichstag, offiziöse Presse, Soiréen, alles dient jetzt für ihn nur diesem einzigen Zweck. Vielleicht läßt der Fürst auch noch irgendwo eine Volksversammlung gegen Lasker arrangiren. Man muß gestehen, die Haltung der nationalliberalen Partei ist nicht geeignet, den Fürsten gerade muthlos zu machen. Bei dem Antrag Hoffmann schwankte die Hälfte gegen den eigenen Fraktionsbeschluß nach Rechts ab und stimmte für einfache Tagesordnung. Obwohl gestern nicht nur Lasker, sondern auch Bennigsen und Bamberger gegen die Verweisung der §§ 4 und 5 (Verbrechen im Auslande) an eine Kommission sprachen, stimmten doch etwa 20 Nationalliberale dafür, einzelne nach Ablehnung der Kommissionsberathung sogar für die Paragraphen selbst. Gewiß war die Aenderung des Schutzmannsparagraphen nach Annahme der Stenglein'schen Amendements nicht sehr erheblich, aber soll man überhaupt Strafgesetzparagraphen ändern, ohne daß ein Bedürfniß dafür nachgewiesen werden kann? Dazu hatte Fürst Bismarck an eine solche Aenderung nicht einmal die Kabinetsfrage geknüpft. Nur fünf Nationalliberale, Lasker, Hölder, Oppenheim, Gaupp, Wulfsheim blieben fest. Der Umstand, daß Lasker in dieser Weise genöthigt wurde, sich von der Partei zu trennen, der Umstand, daß selbst Stauffenberg, von Marquardsen verleitet, sich von ihm trennte und er dadurch aus der Majorität in die Minorität des Reichstages gerieth, ist für den Fürsten Bismarck ein weit größerer Triumph als die „Abschlagszahlung“ auf den Schutzmannsparagraphen selbst. Einzelne nationalliberale Blätter, wie die „Kölnische Zeitung“, beginnen sich ferner mehr und mehr nach Rechts zu konzentriren, andere schaden dadurch, daß sie fortfahren, wie Vogel Strauß den Kopf in den Busch zu stecken. Was die offiziöse Presse schreibt, gilt ihnen nur als Unart von Redakteuren; Bismarck's Drohungen sind ihnen höchstens Zeichen von einer vorübergehenden Verstimmung und was dergl. Kindlichkeiten mehr sind. — Fürst Bismarck sprach gestern den Wunsch aus, daß man ihm behufs Verlegung des Etatsjahres einmal das Budget auf fünf Viertel Jahr bewilligen möchte. Eine derartige Verlegung des Etatsjahres für das Reich und auch für Preußen ist von den liberalen Parteien längst beansprucht worden. Im gegenwärtigen Augenblick gewinnt die Aufnahme dieser Frage durch den Fürsten Bismarck aber eine erheblich politische Bedeutung. Eine Bewilligung des Budgets bis zum 1. April 1877 würde den Fürsten von der Nothwendigkeit befreien, den Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung noch einmal zu berufen. An der verspäteten Fertigstellung des Etats und der Gesetze in der gegenwärtigen Session ist übrigens der Bundesrath viel unschuldiger als der so lange in Varzin verbliebene Reichskanzler. — Die Budgetkommission nahm gestern im Invalidenfondsgesetz mit allen gegen 2 Stimmen den Antrag der Fortschrittspartei an, wonach an Stelle der §§ 1 und 2 des Entwurfes die Ermächtigung tritt, die vor dem 1. November 1875 durch den Reichsinvalidenfonds erworbenen nicht garantirten Eisenbahnprioritäten bis zum 1. Juli 1880 zu behalten. Die beanspruchte Zulassung von ausländischen Papieren und Schatzanweisungen für Ankäufe des Invalidenfonds ist damit abgelehnt.

Ueber die Arbeiten des Reichstages äußert sich auch die halbamtliche „Prov.-Corresp.“, indem sie theilweise schon Bekanntes bestätigend schreibt:

„Nachdem es sich als unmöglich erwiesen hat, die Aufgaben des Reichstages in vollem Umfange bis Weihnachten zu erledigen, soll jetzt vor Allem die unbedingt dringende und jedenfalls vor Neujahr zu erledigende Aufgabe, die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1876, ins Auge gefaßt werden. Am Donnerstag sollen die Etatsberathungen beginnen, um spätestens am Dienstag (21.) oder Mittwoch (22.) zu Ende geführt zu werden. Alsdann wird mit Rücksicht auf die weiteren noch unerledigten, großentheils aber der Erledigung nahe gebrachten Arbeiten nur eine Vertagung des Reichstages eintreten können. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts nach Neujahr wird eine vertrauliche Verständigung unter thunlichster Rücksicht auf den verfassungsmäßigen Termin der Berufung des preußischen Landtages, sowie auf andere Einzellandtage, endlich auf die nothwendige Berufung der neuen Provinziallandtage in fünf Provinzen herbeizuführen sein.“

Die Wohnungspreise in Frankreich.

Welche Ausdehnung in Frankreich der Zuzug nach den großen Städten angenommen, und welchen Einfluß derselbe auf die Wohnungspreise geäußert hat, zeigen folgende Thatsachen.

Am schnellsten während dieses Jahrhunderts nahm die Bevölkerungszahl in den großen Städten Frankreichs unter dem zweiten Kaiserreiche zu; denn allein in der Zeit von 1851 bis 1866 hat sich in den acht Städten — außer Paris —, welche heute über 100,000 Einwohner zählen, die Gesammtzahl ihrer Einwohner um 500,000 vermehrt, während des Zeitraums von 1789 bis 1851 aber nur um 400,000; unter ihnen hatte sich in der Stadt Lyon, welche im Jahre 1789 eine Bevölkerung von 139,000 Einwohner zählte, in den 15 Jahren von 1851 bis 1866 die Einwohnerzahl von 177,000 auf 324,000 gesteigert.

Auch Paris vergrößerte sich am schnellsten unter Napoleon III., unter dessen Herrschaft es einen Entwickelungsprozeß durchlebte, ähnlich dem, der unter Ludwig XIII. sich in seinen Mauern vollzogen hatte; denn eine Wohnungsnoth, wie im Jahre 1855 hatte die Hauptstadt zuvor nur unter diesem Herrscher gesehen. Damals — im Jahre 1622 — suchte man eine Erhöhung der Wohnungspreise durch einen Regierungsbefehl zu verhüten, dessen Erfolglosigkeit sich aber deutlich in den wiederholten Einschärfungen offenbarte, welche er in den Jahren 1633 und 1649 erfuhr. Eine Abhilfe brachte nur die steigende Zahl der Häuser, deren man unter Ludwig XIV. 20,000, unter dem ersten Kaiserreiche 25,000 zählte.

Ueber die pariser Wohnungsverhältnisse während dieses Jahrhunderts geben folgende Zahlen ein Bild, bei deren Beurtheilung aber nicht übersehen werden darf, daß im Jahre 1860 die benachbarten Gemeinden in den Befestigungsgürtel hereingezogen wurden und die Einwohnerzahl von Paris um 348,000 Seelen vermehrten.

Es betrug nämlich die Zahl

	der Einwohner.	der bewohnten Häuser.	der besetzten Wohnungen.
1817	714,000	26,801	224 922
1816	1,054,000	29,525	356,906
1856	1,174,000	29,566	426,842
1861	1,696,000	53,867	623,688
1866	1,825 000	56,629	675,222
1872	1,852,000	61,622	682,110

Wenn man nun noch berücksichtigt, daß eine große Zahl der neuerbauten Häuser nur die Stelle derjenigen wieder ausfüllte, welche vorher den Plänen des Seine-Präfekten Haußmann zum Opfer gefallen waren, so wird man nicht fehlgreifen, wenn man die Gesammtzahl aller in Paris während der 20 Jahre von 1852 bis 1872 aufgeführten Bauten auf 20,000 schätzt, während man im ganzen Departement Seine höchstens 100,000 Neubauten in dieser Zeit zählen darf. Während der Zeit von 1851 bis 1856 war in Paris die Zahl der bewohnten Häuser von 30,222 auf 29,566 gefallen, zugleich aber die Zahl der besetzten Wohnungen — Dank dem Heere von Bau-Handwerkern, welches die wachsende Zahl der Bauten nach der Hauptstadt gerufen hatte — von 384,251 auf 426,842 gestiegen; und während im Jahre 1841 16,000 und 1851 26,400 Wohnungen leer gestanden hatten, überstieg 1856 das Angebot der freien Wohnungen nicht die Zahl von 5650.

Die Folge dieser Umstände war eine Steigerung der Miethspreise, deren Ausdehnung man in Frankreich gewöhnlich durch die Worte kennzeichnet: die Preise der Wohnungen seien in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts — ebenso wie die durchschnittliche Ausgabe eines Franzosen für die Nahrungsmittel — im Vergleich zur ersten Hälfte desselben um 100 pCt. gestiegen. Aber wie die Preiserhöhung bei den Nahrungsmitteln der verbesserten Lebenshaltung, so muß sie auch bei den Wohnungen zum guten Theile der prächtigeren Ausstattung der Bauten zugeschrieben werden, welche freilich mehr in dem äußeren blendenden Glanze, als in der Bequemlichkeit der inneren Einrichtung zu erkennen ist und nur noch dem reicheren Theile der Bevölkerung in der inneren Stadt zu wohnen gestattet. In den älteren und weniger prächtigen Häusern, deren Zahl freilich nur noch gering ist, sind die Preise der Wohnnngen nur um 50 Proz. gestiegen.

Während bis zum Jahre 1856 der Preis für mehr als ein Zehntel der kleineren Wohnungen 50 Fr. oder weniger und für beinahe die Hälfte 51—100 Fr. betragen hatte, verschwanden jetzt die Wohnungen zu weniger als 100 Fr., und kostete der größere Theil der kleineren Wohnungen 100–200 Fr. Als durchschnittlichen Aufwand für die Wohnung rechnete man auf den Kopf der Gesammtbevölkerung von Paris 1817 90 Fr., 1829 110 Fr.; unter dem zweiten Kaiserreiche aber überstieg derselbe — wenn man von den im Jahre 1860 der Stadt einverleibten Gemeinden absieht — 200 Fr. und eine Untersuchung, welche die Handelskammer bei dem Beginne der Vergrößerung der Stadt einleitete, schätzte die von den Gewerbtreibenden und dem Handelsstande der Hauptstadt in den 20 Arrondissements für Miethzins verausgabte Summe auf 107 Millionen Fr., von denen aber mehr als ein Drittel auf die drei ersten Arrondissements kommt.

Der Sturz des Kaiserreichs und die Ereignisse von 1870 und 1871 drückten die Preise der Wohnungen, deren im Jahre 1872 nicht weniger als 65,250 leer standen, um 15 bis 20 Prozent, so daß für dieses Jahr, wenn man die Schätzungen der Steuerverwaltung zu Grunde legt, der durchschnittliche Aufwand für eine Wohnung sich auf 150 Fr. für den Kopf der Bevölkerung berechnet, — zum nicht geringen Nachtheile der Hauseigenthümer und Bau-Unternehmer, obgleich die letzteren noch 1872 11,747 neue Wohnungen, darunter nur 3130 zum Ersatz von eingegangenen aller Art, gebaut hatten.

Darnach kann man rechnen, daß heute die Kosten der Wohnung im Durchschnitte ungefähr den fünften oder sechsten Theil vom Einkommen einer pariser Familie in Anspruch nehmen — vor 200 Jahren freilich nur den zehnten oder zwölften.

St. C.

Ueber den gegenwärtigen Stand des Zeitungswesens bringt der „Börs.-Cour.“ folgenden Artikel:

Trotz der Befreiung von Preßstempel und Zeitungskaution hat sich das deutsche Zeitungswesen in dem zu Rüste gehenden Jahre quantitativ doch nur in so bescheidenem Maße gehoben, daß eine besonders auffällige Prosperität gegenüber den Vorjahren nicht zu verzeichnen ist. Ein gutes Theil der Nichterfüllung der an das deutsche Reichspreßgesetz geknüpften Erwartungen mögen allerdings auch die im Allgemeinen ungünstigen Geschäftskonjunkturen verschulden, denn an einem frischen, fröhlichen Anlaufe fehlt es nicht beim Beginn des Jahres; allein schon im zweiten Quartal stellte sich eine energische Reaktion ein und von den 457 neugegründeten Zeitschriften sind nur 125 über die ersten Angstwochen hinausgekommen. Besonders bemerkenswerth ist aber, daß die neugegründeten Organe fast ausschließlich der Fachliteratur und der Lokalpresse zu gute kommen, das politische Interesse dagegen so gut wie gar nicht daran partizipirt. Beispielsweise tauchten in Berlin allein 53 neue Journale auf, 39 sind davon aber schon wieder vergessen und am 1 Januar 1876 wird die Reichshauptstadt schließlich nur 22 Zeitschriften mehr zählen, wie ein Jahr zuvor. Und bei diesem Zuwachs kommt nur eine einzige größere Zeitung in Betracht (Neues Berl Tabl.), während die mit so großem Eklat ins Leben gerufene „Berliner [illegible] zehnwöchigem Bestehen angeblich an Fondsmangel zu Grunde ging. Nichtsdestoweniger marschirt Berlin noch immer mit weitem Vorsprung an der Spitze der periodischen Presse, denn von den 4174 deutschen Zeitschriften, welche der Post-Zeitungs-Preiscourant für 1876 dem wissensdurstigen Leser offerirt, erscheinen nicht weniger als 298 in Berlin, von den 4 zwölf Mal, 2 sieben Mal, 22 sechs Mal, 1 fünf Mal, 6 drei Mal, 19 zwei Mal und 84 ein Mal wöchentlich erscheinen. Die zweite Stelle nimmt erst die deutsche Buchhändlerstadt Leipzig mit 174 Zeitungen ein, dann folgt Wien mit 154, München mit 60, Stuttgart mit 154, Hamburg mit 47, Breslau mit 41, Frankfurt a. M. mit 33, Hannover mit 25, Köln mit 22, Karlsruhe mit 19, Magdeburg mit 14 Zeitungen u. s. w. Aus der kleinen Schweiz kommen 147, aus Amerika 39, aus London nur 2 deutsche Zeitungen. — Von den 4174 deutschen Zeitungen erscheinen 2 18 mal (unseres Wissens nicht 2 sondern 3, nämlich „Köln. Ztg.“, „Schles. Pr.“ und „Posener Ztg.“ (Red. d. Posener Ztg.), 15 13 mal, 26 12 mal, 1 11 mal, 1 10 mal, 81 7 mal, 572 6 mal, 1 5 mal 19 4 mal, 474 3 mal, 768 2 mal, 1107 1 mal wöchentlich, die übrigen seltener oder unbestimmt. Zeitungen in fremder Zunge zählt der Preiscourant 1186 Nummern auf, ausschließlich der französischen Zeitungen, deren Zahl sich auf ca. 800 belaufen dürfte; zu diesem Kontingent liefert England seine überseeischen Kolonien 557, Italien 134, Holland 77, Rußland 69, Schweden 67, Polen 60, Dänemark 49, Norwegen und Ungarn je 25, Spanien 22, Böhmen 20, Griechenland und Vlamand je 5, Serbien und Kroatien je 4, Armenien, Portugal, Litthauen, Ruthenien je 2, Rumänien 34 Zeitungen 2c — Bei dem berliner Post-Zeitungsamt wurden in diesem Jahre 97,284 Zeitungs-Exemplare bestellt.

Der neueste Artikel des „Reichsanz.“ in Sachen den Dampfers „Deutschland“ lautet:

Aus London erfahren wir, daß die „Times“ vom 14. in ihrem Leitartikel den von dem Bundesrathsbevollmächtigten, Wirkl. Geh. Rath v. Philipsborn in der vorgestrigen Reichstagssitzung abgegebenen Erklärungen betreffs des Untergangs des Dampfschiffes „Deutschland“ Dank und Anerkennung widmet und der deutschen Nation gegenüber die Versicherung ausspricht, es werde die größte Unparteilichkeit bei Führung der Untersuchung statthaben. Sie hoffe auch in britischem Interesse auf baldige Vervollständigung der deutschen Gesetzgebung über Untersuchungsgerichte und Verfahren bei Seeunfällen. Das Verhalten der Küstenbevölkerung werde zu untersuchen sein. Die Beerdigung der Leichen sollte Mittwoch in Harwich erfolgen, die große Masse der Auswanderer wegen Unfalls der „Mosel“ am Donnerstag von Southampton mit Dampfer „Salier“ befördert werden. Es ist ein Aufruf erlassen, der Gaben zu deren Unterstützung erbittet.

Deutschland.

△ **Berlin,** 15. Dezember. Die heutige „Prov.-Korresp.“ druckt den bei dem St. Georgsfest ausgebrachten Trinkspruch des Kaisers Alexander an der Spitze des Blattes ab und giebt dadurch wohl zu erkennen, welche hohe Bedeutung dieser Kundgebung in offiziellen Kreisen beigelegt wird. Nicht minder charakteristisch sind die Bemerkungen, welche das halbamtliche Organ folgen läßt, insofern es von dem Einfluß des Dreikaiser-Bündnisses auf die „friedliche Lösung großer Fragen“ wie von einer vollendeten Thatsache und ohne Anwendung hypothetischer Redeform spricht*). — Graf Arnim hat

*) Diese Bemerkungen lauten: „Die Worte Kaiser Alexander's werden in ihrer hohen Bedeutung überall vollkommen gewürdigt, um so mehr, als die Drei Kaiser-Politik unter dem Zutritt mächtiger Staaten ihre gewaltige Kraft zur friedlichen Lösung großer Fragen thatsächlich bewährt.“

sich durch einen der „Voss. Ztg." einverleibten Artikel wieder in Erinnerung gebracht. Ob zu seinem Vortheil? Keinenfalls dürften die geschraubten und wohl auch wenig aufrichtigen Redewendungen, in denen er sich ergeht, dazu angethan sein, um die öffentliche Meinung gegen die bez. Bestimmung der Strafgesetznovelle (gegen den sogenannten Arnim-Paragraphen) einzunehmen; ebenso wenig als die geschraubten Dementirungen, durch welche er seinen persönlichen Antheil an gewissen Publikationen in Abrede stellt, das Publikum überzeugen dürften. Jedenfalls wird dasselbe sein Urtheil zurückhalten können, da Graf Arnim sehr bald in die Lage kommen dürfte, in dieser Beziehung eidlich zu erhärtende Erklärungen abzugeben. Wenn übrigens behauptet worden ist, Fürst Bismarck beabsichtige, der Broschüre „Pro Nihilo" eine Entgegnung unter dem Titel „Pro Multo" gegenüberzustellen, so beruht diese Behauptung wohl auf einer falschen Deutung gelegentlicher Aeußerungen, die Antwort auf jenes Pamphlet ist durch den „Arnim-Paragraphen" der Strafgesetz-Novelle und die erläuternde Rede des Reichskanzlers gegeben worden. — An den evangelischen Oberkirchenrath ist die Frage gerichtet worden, ob die Geistlichen zur Abhaltung von Sühneversuchen im Ehescheidungs-Prozeß auch dann verpflichtet sind, wenn die Ehe, um deren Scheidung es sich handelt, nur ziviliter abgeschlossen worden ist. Der Oberkirchenrath hat anerkannt, daß eine solche Verpflichtung vor Einführung des Gesetzes über die Zivilehe nicht vorhanden war, weil damals dem Abschluß einer Zivilehe der Austritt aus der Kirche vorhergehen mußte. Indessen wären die bez. Vorschriften mit dem Jahre 1874 noch nicht aufgehoben und hätten also jetzt noch verbindliche Kraft.

⊙ **Berlin**, 15. Dezember. [Reichstag.] Die heutige Tagesordnung zeigte eine ganze Musterkarte der verschiedensten Gegenstände. Der Reichstag arbeitete mit Eifer, aber im Allgemeinen macht sich schon die Weihnachtsstimmung bemerklich. Der Landeshaushaltsetat wurde so zu sagen im Laufschritt erledigt; er wurde in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt und das Wort hatte allein Vizepräsident von Stauffenberg, um die Annahme der Kapitel und Titel sammt Resolutionen zu konstatiren. Ohne Debatte passirte ferner der Gesetzentwurf wegen Naturalisation von Ausländern, die im Reichsdienste angestellt sind; über diese Vorlage hat der Reichstag überhaupt kein Wort verloren. Nicht ohne Debatte wurde der Schulze'sche Diätenantrag in dritter Lesung erledigt. Hier erregte der Abg. Bebel einen kleinen Sturm, als er der Majorität vorwarf, es scheine ihr überhaupt mit den Diäten nicht rechter Ernst zu sein. Ein zweimaliger Ordnungsruf traf vom Präsidentensitz den Redner, der schließlich meinte, eine Beschränkung des Wahlrechts werde das Volk auf den Weg der Revolution treiben. Nach dieser Emotion war das Haus desto ruhiger bei der ersten Berathung des Gesetzentwurfs über die Beförderung und Beschäftigung eingeborener polynesischer Arbeiter. Die Abgg. Kapp, Reichensperger (Krefeld) und Lasker tauschten harmlos ihre Ansichten mit dem Regierungskommissar v. Amsberg aus, doch wurde die zweite Berathung der Vorlage, da die Verweisung an eine Kommission nicht beliebt wurde, von der Tagesordnung abgesetzt und dann der Gesetzentwurf über die Abänderung des § 15 des Münzgesetzes (Herabsetzung der Thalerstücke unter die Silberscheidemünzen) in Angriff genommen. Hierzu nahmen sowohl Präsident Delbrück, der eine Uebersicht der im Besitz der Banken und öffentlichen Kassen ermittelten Ein- und Zweithalerstücke gab, als Finanzminister Camphausen das Wort, der letztere, um zu konstatiren, daß der soviel beklagte Goldabfluß sich im letzten Jahre auf ein Minimum reduzire, und daß der noch mehr beschrieene Uebergang zur Goldwährung sich wie ein Spielwerk vollziehe. Die Abgeordneten Bamberger und Reichensperger (Krefeld) machten über die künstlerische Ausführung der Münzen und der Markaoten kritische Bemerkungen, die durch die Entgegnung des Herrn Delbrück nicht widerlegt wurden. Der Gesetzentwurf passirte in zweiter Lesung mit einem Amendement von Sonnemann, wonach die Bestimmung des Gesetzes schon einen Monat nach ihrer Publikation in Kraft treten soll. Es folgte dann die zweite Berathung des Etats der Marineverwaltung ohne bemerkenswerthen Zwischenfall; der Etat wurde durchweg nach den Anträgen der Kommission für den Reichshaushalts-Etat genehmigt.

Ω **Berlin**, 15. Dezember. [Zur Geschützausrüstung der Feld-Artillerie. Die englische Kriegsflotte.] Der Gußstahl hat, wie sich aus einer als authentisch anzusehenden jüngst erfolgten Veröffentlichung über die neue Geschützausrüstung der deutschen Feldartillerie ergiebt, hierbei in der Form von Gußstahlblech auch bei der Laffettenfabrikation dieser neuen Geschütze eine Anwendung gefunden. Zugleich wird in derselben Veröffentlichung noch erwähnt, daß von der deutschen Feldartillerie zur Steigerung der Artilleriewirkung statt des noch 1870/1871 verwendeten gewöhnlichen Geschützpulvers jetzt das sogenannte Kieselpulver in Gebrauch genommen worden sei. In Hinsicht der Geschosse ist seitdem der Shrapnell, dessen Benutzung sich bei der deutschen Feld-Artillerie längere Zeit und namentlich auch während des letzten Krieges beinahe ganz ausgesetzt befand, auf Grund der Einführung eines verbesserten Zünders neuerdings abermals und mit dem günstigsten Erfolge wieder in Verwendung gezogen worden, und besteht gegenwärtig die unmittelbar in der Protze mitgeführte Geschützmunition der leichten deutschen Feldgeschütze in 24 Granaten und 12 Shrapnells, die der schweren Feldgeschütze in 20 Granaten und 10 Shrapnells, welchen für beide Kaliber noch je 3 Kartätschschüsse beigegeben sind. Ob unter den Granaten durchgehends die neuen Doppelwand-Granaten zu verstehen sind, oder welches Verhältniß hierbei zwischen den bisherigen einwandigen und diesen neuen Granaten obwaltet, wird in der erwähnten Veröffentlichung nicht mit angegeben. Daß die gesammten fahrenden Feldbatterien (die früheren Fußbatterien) gegenwärtig mit dem schweren Kaliber, und nur die reitenden Batterien noch mit dem leichten Kaliber des deutschen Feldgeschützes ausgerüstet sind, war früher schon bekannt gegeben worden. Erwähnungswerth scheint noch, daß sich die in der Protze mitgeführte Munitionsausrüstung der Geschütze wegen der Steigerung des Geschoßgewichts und der Pulverladung bei dem neuen schweren Kaliber um 1, bei dem leichten Kaliber um 10 Schuß vermindert hat. Ebenso sind wegen der größeren Metallstärke des Rohrs und die dadurch bedingten sonstigen Ausrüstungsänderungen auch die Geschütze an sich, wie nicht minder die Laffetten, Protzen &c. ihren Gewichtsverhältnissen nach schwerer geworden. Um die Munitionsausrüstung der Batterien nach dem gleichen Ausrüstungsstande wie im letzten Kriege sicher zu stellen, hat dem entsprechend auch die Zahl der Munitionswagen per Batterie um 2, und per Munitionskolonne um 1 Wagen vermehrt werden müssen. Außerdem ist den Artillerie-Munitions-Kolonnen jedes Armeecorps gleicherweise noch eine Munitionskolonne hinzugetreten. Die hierdurch in Bezug auf die leichte Beweglichkeit der deutschen Feldartillerie bedingten Nachtheile werden jedoch reichlich als durch die erhöhte Wirkungsfähigkeit des neuen deutschen Feldgeschützes wieder aufgehoben bezeichnet. — Es kann wohl nicht als absichtslos angesehen werden, daß von beinahe sämmtlichen englischen Fach- und Marine-Organen gerade zusammenfallend mit dem gegenwärtigen Moment ein großentheils selbst bis auf die Namen- u. Stärkeanführung der größeren Schraubenschiffe ausgedehntes Schiffsverzeichniß der englischen Kriegsflotte veröffentlicht worden ist. Die englische Schraubenflotte würde danach, die drei in Bombay und Melbourne stationirten Panzer-Thurmschiffe „Abessinia", „Magdala" und „Cerberus" inbegriffen, zur Zeit aus nicht weniger als 65 Schiffen und Fahrzeugen bestehen, wovon 42 von mindestens 32,000 Pferdekraft und mit 609 schweren Geschützen als der eigentlichen Schlachtenflotte, und 23 von zusammen ungefähr 28,000 Pferdekraft und mit 102 Geschützen der schwersten Kaliber (bis zum 700 Pfünder) als der Küstenflotte angehörig bezeichnet werden. Die englische Schlachtenflotte stellt sich hingegen nach den gleichen Nachweisen zu 38 Schrauben-Linienschiffen von zusammen 23,000 Pferdekraft und mit 3800 Geschützen, 31 Schrauben-Fregatten zu 13 900 Pferdekraft und 1384 Geschützen, 27 Korvetten zu 9200 Pferdekraft und 456 Geschützen, 32 Schrauben-Aviso zu 4000 Pferdekraft und 120 Geschützen, und 10 Raddampfer-Aviso zu 3000 Pferdekraft und 50 Geschützen. Es bilden diese Schrauben-Schiffe und Fahrzeuge jedoch nur die eigentliche englische Aktivflotte und treten für die Küsten- und Transportflotte noch insgesammt 195 Dampfer mit 18 850 Pferdekraft und 469 Geschütze hinzu. Die gesammte Schiffzahl der englischen Flotte würde sich demnach gegenwärtig auf 398 Schiffe und Fahrzeuge mit einer Maschinenstärke von, die Panzerschiffe inbegriffen, 125,950 Pferdekraft und einer Geschützausrüstung von 6976 Geschützen berechnen. Der gegenwärtige Mannschaftsstand dieser gewaltigen Seemacht wird zu 3500 See-Offizieren, 914 Deck-Offizieren, 30,100 Matrosen-Unteroffizieren und Matrosen, 4300 Mannschaften des Maschinen-Personals, 7000 Schiffsjungen und gegen 25,000 Werft-Arbeitern, Handwerkern und Unterbeamten angegeben. Die bereite Marine-Reserve soll 13,000 Seeleute umfassen. Zur vollen Kriegsbemannung der Flotte würden jedoch trotzdem noch über 20 000 Matrosen erforderlich sein, welche für den Kriegsfall durch Werbung von der Handelsflotte entnommen werden müßten. An Marine-Infanterie sind außerdem 24 Bataillone von auf dem jetzigen Friedensfuß insgesammt etwa 10,000 M. Stärke vorhanden. Die Marine- (Küsten-) Artillerie besteht in 20 Kompagnien aus 1800 bis 2000 M. Das Corps der Küstenwache umfaßt in 40 Kompagnien 4300 M. Nach dieser Uebersicht würde allerdings die englische Kriegsflotte den vereinigten Flotten sämmtlicher anderen großen Seestaaten noch als gewachsen angesehen werden können. Die Schätzung der Gefechtsstärke der englischen Panzerflotte erleidet jedoch dadurch einen beträchtlichen Abbruch, daß nach einer früheren offiziellen Veröffentlichung über die Panzerstärke der Schiffe derselben darunter nicht weniger als 29 Schiffe mit einem nur 4½, 10 mit einem 5 bis 5½ und 10 mit einem 6zölligen Panzer enthalten sind, wogegen insgesammt nur 11 englische Panzerschiffe einen 8 bis 10- und 5 einen 12 bis 22zölligen Panzer besitzen, für welche besonders stark gepanzerten Schiffe ursprünglich jedoch nur eine Verwendung in der Küstenflotte in Aussicht genommen war und deren Ueberweisung zu der eigentlichen Schlachtenflotte jedenfalls sehr ernsten Bedenken unterliegen würde.

— Die Heiserkeit, welche den Kaiser und König in der verflossenen Woche befallen hatte, ist, wie der „R.-Anz." schreibt, seit einigen Tagen in stetem Abnehmen begriffen.

— Fürst Bismarck hat bekanntlich auf der letzen parlamentarischen Soirée erklärt, daß er zu einem namhaften offiziösen Blatt nicht mehr in direkter Beziehung, also auch nicht für seine Artikel verantwortlich sei. Von anderer Seite wurde als dieses Blatt die „Nordd. Allg. Ztg." genannt und die neueste Meldung besagt, daß die „Nordd. Allg. Z." demnächst in andere Hände übergehen wird. Man vermuthet, daß sie Regierungsorgan bleiben, aber einen etwas konservativeren Anstrich bekommen wird. — Zugleich wird in einigen Korrespondenzen von offiziöser Seite darauf aufmerksam gemacht, der neuliche gegen das Verhalten des Reichstags gerichtete Artikel der „Prov. Korr." sei keineswegs als eine halbamtliche Aeußerung im Sinne des Reichskanzlers aufzufassen. Wahrscheinlich, so meint der Korrespondent, habe die „Prov. Korresp." im Sinne jener spezifisch preußischen Kreise gesprochen, in welchen auch die Camphausensche Erklärung bei der Budgetdebatte, in so weit sie sich auf die konstitutionelle Praxis bezog, als „nicht am Platze" betrachtet wurde. Dazu bemerkt die „Volks Ztg.":

Konzert.

Fräulein Sophie Siegenfeld, eine noch sehr jugendliche, beinahe mädchenhafte Erscheinung gab am Mittwoch im Bazar-Saale ein Konzert, nachdem sie vorher schon im hiesigen polnischen Theater mit viel Beifall gespielt. Frl. Siegenfeld ist Pianistin und eine Schülerin des in Warschau lebenden Klaviervirtuosen Joseph Wieniawski. Sie soll schon in Stuttgart, Karlsruhe und anderen süddeutschen Städten mit Erfolg Konzerte gegeben und sich als Künstlerin bewährt haben. Wir zitiren frühere Erfolge, weil es nicht wohl angeht, aus ihrem vorgestrigen Auftreten allein dem widersprechende Muthmaßungen auszusprechen. Was man vorgestern zu hören bekam litt unter der nur schlecht verhehlten Mißstimmung der Künstlerin. Zeit und Umstände hatten dem Besuche freilich arg mitgespielt und die leeren Bänke predigten ein Defizit. Den Anwesenden erging es aber, wie der kleinen Schaar der Gläubigen in der Kirche, der der göttliche Zorn über die Abwesenden gepredigt wird. Wir haben schon recht tüchtige Künstler vor leeren Bänken spielen hören, aber ein edler Stolz spielte dann im besten Schaffen den echten Trumpf aus gegen die Lauen. Dem war nun vorgestern nicht so. In absteigender Linie wurde das Programm hastiger und hastiger abgespielt, nur das Tempo und größtentheils die Noten wurden erledigt, alles Uebrige aber, wie zu hoffen, für bessere Zeiten aufgespart, zwei Nummern wurden eingeschoben, darunter ein Konzert von Mendelssohn für 2 Klaviere. Die beiden letzten Nummern fielen aus, da die Künstlerin plötzlich unwohl geworden. Das auf ½8 Uhr angesagte Konzert, das kurz nach ¾8 Uhr seinen wirklichen Anfang genommen, hatte ¾9 Uhr sein Ende erreicht, doch dürften wohl wenige ohne innere Ueberzeugung, wer hier der allein Leidende sei, den Saal verlassen haben. Das ganze Konzert war ein Capriccio aus so viel Theilen, als das Programm Nummern hatte. Zur Vervollständigung müssen wir noch beifügen, daß Herr Jos. Rychter vom hiesigen polnischen Theater eine Deklamation in polnischer Sprache vortrug, die sich des lebhaftesten Beifalls erfreute.

— g.

Die Dynamit-Explosion in Bremerhaven.

Der „Weserzeitung" vom Dienstag Abend wird über das Begräbniß der Opfer der Katastrophe vom 11. aus Bremerhaven geschrieben: Unter Betheiligung fast der ganzen Stadt bewegte sich heute Vormittag der Trauerzug von dreiundvierzig Leichen und vier Särgen mit Gebeinen aus der Stadt. Um 8¾ Uhr sprach Pastor Hashagen in der Nähe des Hospitals das Gebet. Darauf bewegte sich der aus 30 mit Flaggen und Kränzen bedeckten Wagen bestehende Zug durch die Bürgermeister-Smidtstraße, über den Markt durch die Fährstraße über die Geestebrücke nach Geestendorf, wo er, mit Trauergeläute empfangen, sich zum Kirchhof in Wulsdorf wandte. Dem letzten Wagen schloß sich das stets anwachsende Gefolge an. Voran Vertreter des Amts, des Gemeinderaths, des Gemeindeausschusses, des Lehrkollegiums, die Pastoren, Rabbiner, Offiziere 9. Artillerieregiments, die Kampfgenossen-, Krieger- und Turnvereine, die Lloydoffiziere, denen ein nach Tausenden zählender Zug anderer Leidtragenden aus allen Schichten der Bevölkerung folgte. Den Schluß bildeten eine Abtheilung Militär und eine Anzahl Kutschen. Straßen und Schiffe hatten Trauerflaggen aufgezogen, die Fenster waren von Menschen besetzt, die Läden geschlossen. Der Eintritt auf den Kirchhof erfolgte um 10¼ Uhr, die Kapelle „Harmonie" empfing jede Leiche mit einem Choral, die Militärkapelle zog den einzelnen Särgen vorauf zum Grabe. Herzzerreißende Szenen des Abschiednehmens ereigneten sich auf dem Kirchhofe. Eine lange Reihe Gräber neben einander nahm die Todten auf. Die Gruftsenkung dauerte bis 11 Uhr. Dann sprach Pastor Wolff eine ergreifende Rede, mahnte an die Vergänglichkeit des Lebens, gedachte der Wittwen und Waisen und erinnerte daran, ihrer nicht zu vergessen. Das aus schnöder Gewinnsucht begangene Verbrechen predige die Lehre, daß der Mensch ohne Glauben an Gott und Ewigkeit und ohne Liebe Nichts sei. Es folgte das Gebet, worauf die Feier mit dem Gesange: „Es ist bestimmt in Gottes Rath" schloß. — Inzwischen sind noch mehrere Verwundete gestorben und weitere Amputationen vorgenommen worden.

Dem bereits mitgetheilten Bericht kann die „Weserzeitung" nur wenig hinzufügen. Wie es heißt, soll es gelungen sein, für die Vermuthung, daß sich in dem Fasse ein Uhrwerk befunden habe, welches nach einer bestimmten Zeit die Zündung des Sprengstoffes bewirkt, feste Anhaltspunkte zu gewinnen. Einem bremer Uhrmacher soll die Maschinerie zum Reinigen übergeben und dann wieder abgeholt sein. Es wird vermuthet, daß Thomas kein Deutscher sei (nach einem bereits mitgetheilten dresdener Telegramm ist Thomas ein Amerikaner, der seit 6 Mon. in Strehlen bei Dresden wohnte). Eine Anzahl Briefe von seiner Frau sind in engl. Sprache geschrieben; sie enthalten einige Stellen, die auf das beabsichtigte Verbrechen hinzudeuten scheinen. Thomas spricht einen Dialekt, der fremd klingt, er ist aber des Deutschen vollkommen mächtig. Vom 4 bis 11. Oktober d. J. war er in Liverpool und logirte im Great Western Hotel. Begreiflicherweise tauchen in Bremen unaufhörlich Gerüchte auf, die unbegründet sind oder lediglich auf Kombinationen beruhen. Manche dieser Gerüchte beunruhigen unnöthigerweise das Publikum, so zum Beispiel die Nachricht, daß 20 Kisten von Thomas an den Norddeutschen Lloyd adressirt und angeblich als Wein deklarirt, von Militair bewacht in Bremen lagerten. Es ist kein wahres Wort an dieser Geschichte. Thomas hat allerdings außer dem Fasse noch zwei Kisten in Bremen arbeiten lassen, von denen er die eine im Coupé bei sich geführt, während die andere sich in Bremen angefunden hat. — Nach einer Depesche aus Bremerhaven war Thomas bis Dienstag Mittag noch nicht trepanirt. Das Verhör sollte am Dienstag fortgesetzt werden.

In der Sitzung des bremer naturwissenschaftlichen Vereins vom 13. wurde die bremerhavener Explosion nach der wissenschaftlichen Seite hin besprochen. Professor Buchenau wies namentlich auf den Einfluß der Winterkälte auf das Nitroglycerin hin; dasselbe erstarrt sehr leicht zu Krystallen und ist dann noch viel leichter explodirbar, als im flüssigen Zustande, wie der erwähnte Fall von Newcastle zeige; daher steige auch die Gefährlichkeit des Dynamits in der Kälte. (Thomas hatte bekanntlich den bei dem Transport seines Fasses beschäftigten Arbeitern anempfohlen, dasselbe warm zu halten). Herr Dr. Häpke erwähnte noch, daß die Aerzte an den Verwundeten mehrfach Spritzwunden konstatirt hätten; auch aus diesem Grunde erscheine es wahrscheinlich, daß flüssiges Nitroglycerin explodirt sei.

Das „Dresdner Journal" theilt auf Grund eingezogener Erkundigung bezüglich des Amerikaners Thomas Folgendes mit: William K. Thomas ist aus New-York gebürtig, mit einer Frau aus New-Orleans verheirathet und Vater von 4 Kindern. Derselbe hat sich bereits früher einmal, in den Jahren 1868—70, in Dresden aufgehalten, ist vor etwa 6 Monaten zurückgekehrt und hat in dem nahen Strehlen Quartier genommen (Residenzstraße 14), ist aber bereits seit 6 Wochen fort von Dresden und überhaupt viel auf Reisen gewesen. Vorher scheint er in Leipzig gewohnt zu haben. Seine Wohnung in Strehlen ist kein Lokal, daß auf irgend einen Geschäftsbetrieb hindeutet, wie überhaupt die Beschäftigung des &c. Thomas unbekannt ist. — Auf telegraphische amtliche Requisition aus Bremerhaven ist von der königlichen Polizei-Direktion in Dresden in Gemeinschaft mit dem Ortsvorstande in Strehlen bereits eine Haussuchung in der Wohnung des &c. Thomas vorgenommen worden, die jedoch kein auf die Sache Bezug habendes Resultat ergeben hat. Während der Zeit des letzten amerikanischen Krieges soll Thomas eine kühne Thätigkeit als Blokadebrecher entfaltet haben.

Für den Weihnachtstisch der Jugend.

Zum Weihnachtsfest sind noch einige Jugendschriften im Verlage von Karl Kunze in Leipzig erschienen: „Die Seeräuberinsel" von Dr. Jeep, „Der Schiffsjunge" von Max Rosenheyn und „Reisen und Erlebnisse des Schneider Kakadu". Alle drei sind zunächst für Knaben bestimmt; es werden darin allerlei wunderbare Abenteuer auf dem Meer und in fremden Landen erzählt, wobei Knaben eine Hauptrolle spielen. Die äußere Ausstattung ist ganz nett.

Als empfehlenswerthe Festgeschenke liegen uns aus dem Verlage von A. Haack in Berlin vor:

Buch deutscher Märchen. Für Schule und Haus gesammelt von Ferd. Schmidt. Dritte vermehrte Auflage. Unter der großen Zahl von Märchen-Sammlungen ist die von Ferd. Schmidt mit kundiger Hand herausgegebene eine der besten. Schmidt hat es als Pädagoge verstanden, diejenigen Märchen hier zusammen zu stellen, welche auf die Phantasie der Jugend am meisten fesselnd einwirken. Die dritte Auflage ist sowohl an Inhalt eine vermehrte, als auch besonders in der Ausstattung eine verbesserte. Vier von Offterdinger entworfene, sauber ausgeführte Farbendruckbilder zieren den Text und verleihen dem für die kleine Welt so verführerischen Inhalt eine besondere Anziehungskraft. Der Preis der in eleagantem Leinwandband orgsam ausgestatteten Sammlung ist 4 Mark 50 Pf.

Gedichte für das erste Kindesalter. Zum Gebrauch im Hause für den Kindergarten und die Kleinkinderschule. Herausgegeben von Ida Seele (Frau Vogeler). Dritte Auflage. Mit 30 Illustrationen von Louise Thalheim. — Diese Gedichtsammlung hat sich bereits in zwei Auflagen Anerkennung erworben. Die Herausgeberin, eine der bewährtesten Kindergärtnerinnen Berlins, hat hier eine Auswahl der Perlen unserer Poesie getroffen, wie sie für das zarte Kindesalter sich eignen. In der Hand der Mütter und Erzieherinnen bietet das Buch für unsere Kleinen einen Schatz von Gedichten, Fabeln, Räthseln, Parabeln und Sinnsprüchen, deren Reiz durch die von Louise Thalheim's Meisterhand ausgeführten Illustrationen noch besonders erhöht wird. Die bildliche Ausstattung dieser neuen Auflage ist im Verein mit dem billigen Preise von 3 Mark wohl werth, dem Buche neue Freunde zuzuwenden.

In der freien Natur. Schilderungen aus der Thier- und Pflanzenwelt von Dr. Karl Ruß. Erste Reihe. Zweite Auflage. Das vorliegende Werk von Dr. Karl Ruß gehört zu den besten Schriften des bewährten Verfassers. Diese Schilderungen aus der Thier- und Pflanzenwelt haben sich durch die interessante, leicht faßliche Schreibweise und die ideale Behandlung des Stoffes bei Alt und Jung gleich beliebt gemacht. Dr. Ruß ist als tiefsinniger Beobachter der Natur und ihrer Schöpfungen eine geschätzte Autorität; seine verständnißvollen Wahrnehmungen haben daher einen hohen Werth für Alle, welche die Liebe zur Natur beseelt, und ist die vorliegende neue Auflage ein passendes Geschenk für Lehrer und Lernende jeden Alters.

Im Verlage des Buchhändlers J. Chocifzewski in Posen ist ein kleines, aber recht hübsch ausgestattetes „Album von Posen" erschienen, welches 12 sauber hergestellte Abbildungen von Ansichten der Stadt Posen enthält. Dieselbe, oben genannte Buchhandlung offerirt unter dem Namen „Lebensrad oder Zoetrope" ein optisches Spielzeug, welches der Jugend jedenfalls Vergnügen bereiten wird. Obwohl der deutschen Bezeichnung noch eine griechische Uebersetzung beigefügt ist, dürfte die Bedeutung desselben doch schwerlich errathen werden, und wir wollen daher eine kurze Erklärung beifügen. Man denke sich einen Riesenbecher, dessen hohler Raum, von Pappe hergestellt, oben so breit wie unten ist. Der hölzerne Boden desselben bildet eine runde Scheibe, die in einen hölzernen Fuß eingelassen ist und sich auf demselben leicht dreht. In den Hohl-

Jedenfalls ist die Art und Weise, in der ein amtliches, aus preußischen Landesmitteln bezahltes Blatt dazu benutzt wird, die Anschauungen dieser Kreise, — die ja mit den „konstitutionellen Ideen" der preußischen Regierung in direktem Widerspruch stehen sollen — zum Ausdruck zu bringen und dabei völlig ungerechtfertigte Angriffe gegen den Reichstag zu schleudern, um so wunderbarer, als es ja in der Hand des preußischen Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck liegt, dergleichen unqualifizirbare Vorkommnisse zu verhindern.

— Die außerordentliche Generalsynode wird ihre Arbeiten, wie die „D. R. C." hört, am Sonnabend definitiv beenden. Präsident Graf Stolberg wird mit aller Energie darauf halten, daß die zweite Lesung der Vorlage, selbst wenn es geboten mit Zuhülfenahme von Abendsitzungen, bis dahin beendet ist. Auch sollen die Fonds, welche für diese Synode bekanntlich ausgeworfen sind, dann vollständig erschöpft seien. — Die neueste Nummer der „Protestantischen Kirchenzeitung" enthält einen Leitartikel unter der Aufschrift: „Also ein kirchlicher Bundesrath?", in welchem eine Charakteristik der jetzt tagenden Generalsynode gegeben wird. Daran schließt sich ein zweiter Artikel: „Eine süddeutsche Stimme zur preußischen Generalsynode, in welchem ausgesprochen wird, daß man in Süddeutschland anfangs große Hoffnungen auf eine preußische Generalsynode gesetzt habe, welche nun aber alle zerstört seien. Doch wird tröstend hinzugefügt: „So schwer auch unsere Hoffnungen enttäuscht sind, wir geben sie nicht auf. Die Majorität der jetzigen Generalsynode ist, Gott sei Dank, nicht die Kirche selbst. Diese hat ein zähes Leben; wäre sie leicht umzubringen, sie wäre unter der Hand ihrer Wärter schon längst verschieden." Schließlich äußert die Stimme aus Süddeutschland den Wunsch: „Wir mischen uns nicht von Süddeutschland aus in die Details der dort sich abwickelnden Wahlgesetzdebatten, das wäre geschmacklos. Aber darum dürfen wir bitten, schafft eine Generalsynode, in welcher das evangelische Volk sich selber und sein Herzblut wiederfindet, nicht ein Abstraktum von Excellenzen, Professoren und Geheimen Räthen."

— Der ständige Ausschuß des Journalistentages hatte bekanntlich in einer Petition an den Bundesrath die Ergänzung des Art. 12 des Strafgesetzbuches (Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei) dahin befürwortet, daß Berichte über Gerichtsverhandlungen den im § 12 erwähnten gleichgestellt würden. Der Bundesrath hat indeß beschlossen, zu erklären, es liege eine Veranlassung zu der gedachten Ergänzung des § 12 des Str.-Ges.-Buchs nicht vor.

— Die Berathungen der Eisenbahn-Tarif-Enquete-Kommission wurden am Montag geschlossen, ohne daß es den betheiligten Delegirten gelungen war, ein Einvernehmen für die Herstellung eines einheitlichen Tarifsystems zu erzielen. Dem Vernehmen nach äußerten in der Schlußsitzung mehrere Vertreter sowohl der landwirthschaftlichen, als auch der Handels- und industriellen Interessen, in Uebereinstimmung übrigens mit neueren Aeußerungen des Fürsten Bismarck, daß die Herstellung eines einheitlichen Tarifs nur durch die Erwerbung der deutschen Eisenbahnen durch das Reich ermöglicht werden kann. Auf dieses Moment erklärten sich jedoch die Vertreter der größeren Mittelstaaten nicht für befugt, näher einzugehen.

— [Personalien.] Der Vize-Präsident des Ober-Tribunals Dr. Grimm feierte gestern sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit hatte derselbe aber einen mehrmonatlichen Urlaub erhalten und denselben bereits in voriger Woche angetreten. Das Kollegium hatte deshalb bereits vor seiner Abreise durch eine Deputation ihm eine Glückwunschadresse überreichen lassen und zwei kostbare Oelgemälde, Ansichten des Starnberger Sees, einer Gegend, die dem Jubilar besonders lieb war, da er oft mit seiner Familie an den Ufern des Sees die Sommerferien verlebte. Der Kaiser hat ihn zum Wirkl. Geh. Rathe mit dem Prädikat Exzellenz ernannt. — Herr Wirth, der Direktor der neuen Strafanstalt am Plötzensee, hat dieser Tage an das ihm unterstehende Dienstpersonal, an die Inspektoren, Ingenieure, Oberaufseher, Aufseher u. s. w. ein Circular erlassen, in welchem er denselben verbietet, einige berliner Zeitungen, die in neuerer Zeit Mittheilungen über die unter seiner Leitung stehende Anstalt brachten, mit in die Büreaus der Anstalt zu bringen. Ferner ist ein höherer Beamter der Anstalt mit den eingehendsten Recherchen über die Entstehung der gedachten Zeitungsartikel betraut worden, jedoch sind dieselben bis jetzt ohne Erfolg geblieben. — Der zur Zentrumsfraktion gehörige Reichstagsabgeordnte Herrlein, Gutsbesitzer zu Margarethenhaun bei Fulda, welcher dringender häuslicher Angelegenheiten wegen auf kurze Zeit nach Hause geeilt war, hat, wie die „Fuld. Ztg." meldet, dort beim Ausgleiten auf dem gefrorenen Boden einen Bruch des linken Armes erlitten.

— [Post- und Telegraphenwesen] Nach Verschmelzung des Post- und Telegraphenwesens am 1. Januar k. J. sollen bei den Ober-Postdirektionen „Telegraphen-Inspektoren" in Funktion treten. Diese haben den Telegraphendienst in allen seinen Theilen persönlich zu beaufsichtigen, die Bedürfnisse desselben zu ergründen und festzustellen, auf den Dienstbetrieb regelnd einzuwirken und durch persönliche Erledigung der Geschäfte an Ort und Stelle zur möglichsten Beschleunigung des Ganges der Verwaltung beizutragen. Sie haben die richtige Erhebung und Verrechnung der Telegraphengebühren zu sichern, so wie überhaupt die gesammten Rechnungsgeschäfte und Kassengeschäfte bei den Telegraphenämtern zu beaufsichtigen. Sie haben auf ihren Dienstreisen auch dem Postdienste ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und etwa wahrgenommene Mängel abzustellen, bezw. zur Kenntniß der Ober-Postdirektion, der sie beigegeben sind, zu bringen. Hierbei ist die „Dienstanweisung für Postinspektoren" maßgebend. Die Telegraphen-Inspektoren sind den Ober-Postdirektoren unmittelbar untergestellt. Sie sind beständige Beauftragte der Ober-Postdirektoren. Alle Beamte 2c. des Bezirks müssen den dienstlichen Anordnungen des betreffenden Telegrapheninspektors Folge leisten. Etwaige Bedenken gegen die Anordnungen des Telegrapheninspektors sind der Entscheidung der betreffenden Ober-Postdirektion zu unterbreiten. Bis diese Entscheidung erfolgt ist, bleiben die Bestimmungen des Telegrapheninspektors maßgebend Der Telegraphen-Inspektor erhält eine von dem Vorsteher der ihm vorgesetzten Ober-Postdirektion für ihn ausgestellte Ausweiskarte, die ihm als Legitimation bei den Telegraphenbeamten, die ihn noch nicht persönlich kennen, dienen soll. Es ist für die in Thätigkeit tretenden Telegrapheninspektoren eine Dienstanweisung ausgearbeitet, nach der sie sich bei Ausübung ihrer Funktionen zu richten haben und welche auch sämmtlichen Telegraphen- und Postbeamten zur Kenntniß gebracht ist

— Der „Staats-Anz." Nr. 294 publizirt das Privilegium wegen Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Stettin, Reg.-Bez. Stettin, zum Betrage von 3,000,000 M. Reichswährung.

— Die Kaiserin Augusta hat, wie der „N. Fr. Pr." aus Lemberg telegraphirt wird, durch ihren Oberstkofmeister Grafen Nesselrode an den Grafen Potocki ein Schreiben richten lassen, worin letzterer zu seiner Ernennung zum Statthalter beglückwünscht wird. Potocki war der Kaiserin während ihrer letzten Anwesenheit in Wien zur Zeit der Ausstellung als Ehrenkavalier zugewiesen.

Oesterreich.

Wien, 13. Dezember. Die Budgetdebatte im österreichischen Reichsrath scheint, wie wenig Bedeutendes sie auch zu Tage gefördert, doch dazu beigetragen zu haben, daß nun auch für den status quo eintretende Politiker von einem Ernst der Situation in der zisleithanischen Reichshälfte reden zu dürfen glauben. Ein Korrespondent der „Schl. Z." schildert die Lage wie folgt:

Dreiundzwanzig Redner haben sich an der Generaldebatte über das Budget betheiligt, und alle bis auf einen bewegten sich in der heftigsten Opposition. Wie inhaltsarm auch die einzelnen Reden gewesen, wie bar jedes schöpferischen Gedankens die Ausführungen auch waren, die sich in bestem Falle in dem Begehren nach Ersparnissen zuspitzten, ohne daß gesagt worden wäre, wo und wie gespart werden solle, so wird man doch der Thatsache, daß eben sämmtliche Redner, die sich zum Wort gemeldet, bis auf einen, mithin die Vertreter sämmtlicher Parteien, daß das gesammte Parlament sich verurtheilend über die Verhältnisse ausgesprochen und die Lage als unhaltbar bezeichnete, eine gewisse Bedeutung nicht absprechen können.

Wir stehen gewiß nicht auf dem föderalistisch-demokratischen Standpunkte des Fürsten Czartoryski, aber wir sind nicht taub gegen die Wahrheit, wenn sie auch aus dem Munde eines Gegners kommt, und deshalb können wir auch die Wahrheit einer Behauptung, welche Fürst Czartoryski, ohne auf Widerspruch zu stoßen, aufgestellt hat, nicht wegleugnen. Der Fürst sagte: das Programm der Regierung habe nach drei Richtungen Verpflichtungen übernommen. Nach der einen Richtung sagte man, die Regierung werde eine „konservative" sein, nach der zweiten, sie werde eine „liberale" sein, nach der dritten, sie habe es zu einer kritischen Zeit übernommen, durch Befriedigung Galiziens einen partiellen Frieden herbeizuführen. „Schon diese Gegensätze", meinte der Fürst, „zeigen, daß es auf Täuschungen nach drei Seiten hin abgesehen war. Frage man Jene, welche konservativ sind, ob sie durch diese Regierung befriedigt wurden, und sie werden mit tausendstimmigen Nein antworten, aber auch Jenen, welchen Freiheit und Fortschritt am Herzen liegt, hat die Regierung die Wünsche nicht erfüllt. Und was Galizien betrifft, ist dort eine Versöhnung eingetreten und nicht viel mehr eine Erbitterung? Worauf stützt sich also die Regierung, auf welcher Partei beruht ihre Existenz? Diese Frage ist eine wohlberechtigte, und wir müssen sagen, daß wir getäuscht worden sind."

Solche Anschuldigungen dürfen von der Regierungsbank nicht unerwidert gelassen werden. Der Finanzminister, Herr v. Pretis, ging aber in seiner Rede, die er der geschlossenen Budgetdebatte folgen ließ, fast über alle Angriffe der verschiedenen Redner hinweg, er beschränkte sich darauf, sich in allgemeinen Versicherungen zu ergehen, daß es besser werden und die gute Zeit von ehedem wiederkehren werde, faßte aber in seiner Antwort nur einen Gegner, den Herrn v. Plener jun., Sohn des ehemaligen Finanz- und Handelsministers, dem er, bevor er sich an die Widerlegung seiner ziffermäßigen Nachweise machte, in brüsker Weise den Vorwurf ins Gesicht schleuderte, seine Opposition entstamme persönlichen Rücksichten, wobei es für die Regierung gleichgültig sei, „ob er per conto proprio oder per conto sociale arbeite", eine nicht mißzuverstehende Anspielung, welche eine begreifliche Bewegung hervorrief. Der Abg. Herr v. Plener replizirte in folgender kaltblütiger Weise: „Die Angriffe des Finanzministers mir gegenüber waren so persönlicher Natur, daß ich dieselben nicht schweigend hinnehmen kann. Meine sachlichen Bemerkungen hat er in ziemlich vornehmem Tone abgefertigt, ohne daß ich eines Besseren belehrt worden wäre. Ich zitirte aber zur Begründung meiner Ansicht den Ausspruch eines hochgeehrten National-Oekonomen, der Mitglied des Parlaments ist. (Schmerling.) Er sagt, daß zu keiner Zeit ein Finanzminister seiner Aufgabe so wenig gewachsen sei, als der jetzige Finanzminister zur Zeit der Katastrophe. Herr de Pretis hat mir vorgeworfen, daß persönliche Rücksichten mich bei meinen Angriffen geleitet haben. Einen solchen Vorwurf weise ich mit Verachtung zurück. Ich gestehe zu, daß ich vor meinen Wählern dem Wunsche nach einer Ministerkrisis Ausdruck gegeben habe. Was in meinen Kräften liegt, soll geschehen, um eine solche Katastrophe herbeizuführen, doch glaube ich, daß sie jene herbeiführen werden, die in kritischer Zeit bewiesen haben, daß sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind."

Mit dieser peinlichen Scene endete die Generaldebatte über das Budget. Halten wir uns nun gegenwärtig, daß trotz einer Debatte in welcher so gekämpft worden und die so geendet, die, wollte man sie bildlich darstellen, eigentlich Nichts als ein parlamentarisches Scheibenschießen war, bei welchem Vorsorge getroffen war, daß Niemand von der Ministerbank in die Schußlinie käme und bei welchem es allen Schützen nur darum zu thun war, ihre Gewandtheit zu zeigen, halten

---

raum wird ein Bilderstreifen eingelegt, der beinahe die untere Hälfte der inneren Wand ringsum einnimmt. Die obere Hälfte der Wand hat 12 Einschnitte, durch welche man das Bild sehen kann. Dreht man nun den Hohlraum (die Scheibe mit ihrer Gallerie) so scheinen die Bilder lebendig zu werden. Auf dem Bilderstreifen ist nämlich ein und dieselbe Figur oder Gruppe in den verschiedensten Stellungen, die stufenweis aufsteigen und eine oder mehrere Bewegungen zu bilden scheinen, abgebildet und durch das Drehen wird die optische Täuschung erregt, als ob die Bewegungen wirklich ausgeführt würden. Man sieht z. B. einen Jockei, der über eine Hecke springt, oder ein paar Faustkämpfe, die sich gegenseitig bearbeiten, oder einen Pudel, der auf- und abspringt, oder einen Reifenspringer, oder einen Tanz 2c. Es sind dazu acht Serien, jede mit 12 Bildern vorhanden, die in der That vieles Komische bieten. Ein ähnliches Vexirspiel, aber einfacher, sind die „Zauberscheiben", die auf D.aht gesteckt gegen den Spiegel gehalten und gedreht werden, so daß die darauf in verschiedenen Stellungen abgebildete Figur Purzelbäume zu schießen, Stiefel zu besohlen 2c scheint. Dieses „Selbstbeschäftigungs-Spiel" soll nach Fröbels Methode hergestellt sein. Ebenso das „chinesische Schatten-Theater", welches wie eine kleine Zeichenmappe aussieht und dabei ein Proszeninum, Couliffen, sowie eine Anzahl einfacher und beweglicher Figuren enthält.

Wer hätte nicht schon, sei es als Frau Mama oder als Herr Papa, sei es als Tantchen oder Onkel, der liebenswürdigen Drängelei eines kleinen mal- und bildergierigen Quälgeistes nachgeben und mit mehr oder minder gelungenen Bleistift- oder Schieferstrichen irgend einen besonders geliebten Gegenstand des Auftraggebers: einen Hund, einen Storch, ein Pferd, einen Baum, Säbel oder Helm auf Papier oder Schiefer zaubern müssen, um dann mit Vergnügen zu beobachten, mit welch' großer Gewissenhaftigkeit diese meist „unklassischen" Vorbilder nachgezeichnet werden?

Für solche kleine, strebsame Künstler empfehlen wir Binder's 80 Zeichenvorlagen (W. Nitzschke in Stuttgart). Diese Sammlung sauber ausgeführter, dabei leichter, unschattirter Zeichenvorlagen liegt nun schon zum 24. Male, und zwar diesmal in ganz neu lithographirter, vielfach verbesserter und vermehrter Auflage vor. Das beste Zeugniß für die Beliebtheit derselben ist wohl die Thatsache, daß davon, nach der Ankündigung der Verlagsbuchhandlung bis jetzt, einschließlich vieler ausländischer Ausgaben, über 50,000 Exemplare verbreitet wurden.

Werden und Vergehen.

Carus Sterne, Werden und Vergehen. — Eine Entwickelungsgeschichte des Naturganzen in gemeinverständlicher Fassung (Berlin, Gebr. Bornträger, 1876.) ist eine höchst interessante Neuigkeit in dem Gebiete der populär-naturwissenschaftlichen Literatur, weil es sich bestrebt, auf dem Grunde der neueren monistischen Weltanschauung die durch deren Hauptvertreter vermittelten Thatsachen und Schlußfolgerungen in einem Gesammtbilde zusammenzustellen. Der Verfasser ist jedenfalls ein trefflicher Schüler seiner großen Meister Darwin und Haeckel, und weil ihm der kühne und divinatorisch angelegte Spinoza als deren philosophischer Vorläufer gilt, in ethischen Fragen auch meist besonnener als Haeckel, ob aber trotzdem nicht ein allzu begeisterter Anhänger derselben, wollen wir an dieser Stelle nicht näher untersuchen; uns hat es geschienen, als sei eine berechtigte kühle Kritik an nicht wenigen Stellen in „Werden und Vergehen" etwas zu sehr zurückgedrängt. Nach dieser Seite kann man sich kaum zwei verschiedenartigere Arbeiten denken, als die genannte und die „Geologie als exakte Wissenschaft" von Pfaff: in jener erblicken wir ein von der Sohle bis zur Dachfirste wohl aufgeführtes, durch und durch symmetrisches Gebäude, hier eine von der stürmenden Kritik überall durchbrochene Ruine. Der Vergleich ist indeß nicht ganz gerechtfertigt. Carus Sterne will eben durch eine gemeinverständliche Darstellung gebildete Leser für seine Anschauung gewinnen, und da tritt denn an jeden derselben die Pflicht heran, das Ganze als solches in sich aufzunehmen und damit seinem Nachdenken ein größeres Material zu unterbreiten, von dem er die Ueberzeugung haben muß, daß es würdig ist, einer andauernden ernsten Beschäftigung unterworfen zu werden. Wenn das der Zweck des Verfassers gewesen, so dürfen wir versichern, daß er ihn in nicht gewöhnlicher Weise erreicht hat. Leser anderer Art, die rasch ein naturwissenschaftliches Werk durchmustern wollen, um für Unterhaltung und Konversation einige Gedankensplitter zu gewinnen, werden sich, wenn von den ansprechenden, Neugierde und Spannung erregenden Kapitelüberschriften: „Das Kleid der Erde", „Der Haß- u. Verachtungsparagraph im Naturgesetz", „Im Reiche des Lichtstrahls" u. s. w. angelockt, hoffentlich auch dauernd fesseln lassen. Für Vorträge in Bildungsvereinen und Gesellschaften, für wissenschaftliche Vorlesungen liefert das Werk ein reiches Material. Volksbibliotheken und Lesekränzchen darf es ebenfalls in jeder Weise empfohlen werden, wenngleich es nothwendig sein wird, in den betreffenden Kreisen eine ernste Besprechung des Inhaltes folgen zu lassen. Mit dieser kurzen Anzeige wollen wir uns hier begnügen, vielleicht kommen wir an einer anderen Stelle dieses Blattes noch auf das Werk zurück.

Zur deutschen Rechtschreibung.*)

Von Karl Gutzkow.

Heidelberg, 8. Dez. Man meldet aus Berlin, daß daselbst am 4. Januar eine aus vier Mitgliedern bestehende Kommission zusammentreten soll, die sich mit Prüfung der inzwischen von Rudolf v. Raumer in Erlangen schon eingelaufenen Vorlagen über die Feststellung einer wenigstens für die Schulen verbindlichen deutschen Orthographie zu beschäftigen haben wird. Allen Freunden deutscher Sprachforschung wird es angenehm sein zu hören, daß sich auch der wackere Mecklenburger Daniel Sanders unter diesen vier Männern befindet. Wir verdanken diesem wohlberufenen deutschen Gelehrten nicht nur ein Riesenwerk deutschen Fleißes, das aus drei Quartbänden bestehende „Deutsche Wörterbuch" (Leipzig, O. Wigand), sondern auch eine reiche Zahl von Anregungen und Vorarbeiten für noch künftige lexiko- und orthographische Zwecke. Den Freunden des von ihm aufgestellten Schreibprinzips wird bereits ohne eine Kommission und ohne Vorlage das so eben (Leipzig, bei Brockhaus) erschienene und allgemein günstig beurtheilte „Orthographische Wörterbuch" genuggethan haben. Man findet darin sämmtliche in der deutschen Schriftsprache übliche Wörter in der ihnen gebührenden Schreibweise wieder. Bei Fremdwörtern und oft in den Zeitungen vorkommenden geographischen Namen ist sogar der Accent angegeben. Das Sanders'sche Prinzip ist bekanntlich nicht das streng puristische, das uns Erscheinungen so mancher Druck-Abnormität seit den Zeiten der Brüder Grimm und schon vor diesen bei Wolke und andern sprachlichen Neuerern gebracht hat. Glauben wirklich die Vertreter der historischen Schule, daß wir uns in der Gesammtheit dem Brauche fügen würden, die Sätze und Hauptwörter mit kleinen Anfangsbuchstaben zu beginnen? Liegt nicht vielmehr der Stempel des Gesuchten und Affektirten auf allen Büchern, die mit einer aparten Schreibweise auftreten, und vorzugsweise mit Weglassung des dehnenden H gedruckt sind? König Ludwig I. von Baiern, der „Teutsche", war der Mann, solche Unternehmungen zu pflegen. Sein Schützling Platen brachte in einem Theil der schönen Literatur die ihm wahrscheinlich schon von Erlangen zugekommene Mode auf, den Druckereien Buchstaben zu ersparen. „Tot" ließ er statt todt und „Mut" statt Muth drucken. Herwegh, als Verfasser der „Gedichte eines Lebendigen", redete den „Verstorbenen" (Fürst Pückler) mit den Worten an: „Jetzt, toter Ritter, lege deine Lanze ein!" Die Rose war nur noch „rot". Unter den Goldschnittslyrikern schien es ausgemacht: keine Unsterblichkeit mehr ohne „Mut" und „tot" und „rot!" Korrespondent schrieb damals:

An die Lyriker.
„Ob euch hold der Dichtung Fee,
Zeigt's nur brav inwendig!
„Todt" zu schreiben ohne D
Macht noch nicht „lebendig".

Macht noch keine Herweghe! Neuerdings ist der mit seltsamem Versteckspiel in Curs gesetzte „Neue Tannhäuser" des Hrn. Konsuls Grisebach auch mit solchem Letternspuk gedruckt. Doch scheint es, als wenn die Besonnenheit bedeutender Druckereien, von denen einige, wie Cotta, Brockhaus, Breitkopf und Härtel, Teubner u. a. wissenschaftlich festgestellte „Hausorthographien" führen, uns immer wieder auf den Weg des guten Geschmacks und der gesunden Vernunft zurückführen wird. Denn die Tradition hat hier ihre heiligen Rechte. Wenn sie die Engländer nicht bestimmen kann, die horrible Erscheinung einer durchweg anders gesprochenen als geschriebenen Sprache aufzugeben, was bemängeln wir, die wir so glücklich sind, in der Hauptsache zu schreiben wie wir sprechen, unsere alten Gewohnheiten, und beunruhigen uns das Allergegenwärtigste, Wort und Schrift, deren wir immerfort und oft wie unbewußt bedürftig sind? Es ist mit dieser Sucht nach „Sprachreinheit" und Rechtschreibung, als sollten wir erst noch laufen lernen. Der Reichspostminister Stephan scheint mir mit seinen Neuerungen kein besonderes Glück gehabt zu haben. Wenigstens entspricht sein protziges „Einschreiben!" statt „Rekommandirt" vollkommen jener Gemüthsbeschaffenheit unserer Tage, auf deren Grund im Reichstage die Motivirung der Strafnovelle erfolgt ist. An solchen anschnauzenden Infinitiven ist diese als „brutal", Gott sei Dank, jetzt offiziell von der Rednerbühne anerkannte Zeit so reich, daß sich die Regierung die Gelegenheit, das Volk zu erziehen, selbst am Postschalter nicht hätte sollen entgehen lassen. Uebrigens ist Hr Stephan schon mit Daniel Sanders über Rechtschreibung in öffentliche Diskussion getreten. Vielleicht gehört er mit zu den vier Prüfern der Raumer'schen Vorschläge. Möge er da dem im Schriftwesen wie im Volksleben gleich heimischen strelitzer Schulmann zum Siege des Geistes verhelfen, in welchem das „Orthographische Wörterbuch" abgefaßt ist. Dieser Geist heißt: Bewahre vom Alten, was sich irgend vertheidigen läßt und woran unser Auge und Ohr zu sehr gewöhnt sind! Laß dich durch zu viel historisches Wissen über den Entwickelungsgang der deutschen Sprache nicht aufbähen! Denn wir wissen ja vollkommen: es giebt Sprachregeln, die schon bei Ulfilas angelegt waren, aber damals, als Wieland, Lessing, Goethe und Adelung unsere neue Redeweise bildeten, längst vergessen waren! Möglich, daß man bei der Deszendenzgeschichte mancher Wörter ebenfalls sagen könnte: Hier muß statt Mensch Affe stehen! Aber überlaßt das alles den Noten und Anhängen zu Grimms Grammatik oder den Artikeln des Grimmschen Wörterbuches! Die Lautlehre ist vollends ein Labyrinth, aus dem man sich nicht wieder herausfindet, zumal wenn man erst von Nord- und Süddeutschland, von den Dialekten zu reden anfängt. Fragt Anton Birlinger über die augsburger Sprache, ob alle Zeichen, die von Typengießern schon für ihn hergestellt worden sind — Zeichen, die sich nicht im üblichen deutschen Letternkasten finden — hinreichen, um die eigenthümlichen Schnalzer, Gurgler, Schleifer, diese am Lech und an der Wertach üblichen, halb nasalen, halb gutturalen OA's oder AO's zu bezeichnen? Auf so kraus mit neuen phonetischen Hieroglyphen gedruckte Bücher kommen wir noch hinaus, wenn wir dem historischen Kern und nicht Sanders folgen. Was zuletzt neulich Rümelin in der „Nationalzeitung" bei einer übrigens empfehlenden Anzeige des Sanders'schen „Orthographischen Wörterbuches" an der Vorrede desselben rügte, daß diese einen phantastischen Traum enthalte, so scheint mir die übertreibende Schilderung des erweiterten Feldes der Identität zwischen Laut und Schrift (einer Art Pasilalie als Pendant zur Pasigraphie) von Seiten des Verfassers satyrisch gemeint zu sein. Er wollte, glaube ich, eine Karrikatur des Systems zeigen, das er bekämpft.

*) Obgleich wir mit dem Verfasser nicht durchweg einverstanden sind, nehmen wir den beifolgenden Aufsatz aus der „A. A. Z." auf, weil darin die Streitfrage genau beleuchtet wird. Red. d. Posener Ztg.

wir uns gegenwärtig, daß, nach einer solchen Debatte an der Bewilligung des Budgets doch nicht zu zweifeln ist, daß dem Ministerium kein Haar gekrümmt werden und Alles beim Alten bleiben wird, so wird man zugeben müssen, daß Etwas faul sei im Staate, und daß dem Parlamentarismus überhaupt die Gefahr drohe, zur bloßen Spiegelfechterei, zur bloßen Farce herabzusinken. Wäre unser konstitutionell parlamentarisches System ein gesundes ächtfarbiges, der Fortbestand der gegenwärtigen Regierung wäre nach den zahllosen Niederlagen und Mißerfolgen längst unmöglich geworden. Man sage nicht, daß dieser Mißerfolg nur ein wirthschaftlicher sei und daß unsere ökonomische Lage nicht dem Ministerium allein in die Schuhe geschoben werden könne, daß hier eine force majeure obgewaltet, der gegenüber auch die stärkste thatkräftigste Regierung ohnmächtig gewesen wäre; auch auf politischem Gebiete sind die Mißerfolge des Ministeriums, ohne daß wir seine Verdienste um die Verfassung und deren Befestigung verkennen wollen, zahlreich gesät. Die Parteien sind im Allgemeinen unbefriedigt; das müssen auch jene zugeben, welche nicht wie der Eingangs zitirte Fürst Czartoryski die Dinge blos vom Gesichtspunkte Galiziens aus, wo volle Unzufriedenheit herrscht, betrachten; auch in Böhmen, dem wichtigsten Kronlande, ist die Regierung um keinen Schritt vorwärts gekommen, die czechische Opposition ist nicht gebrochen, alljährlich wiederholt sich die Reichsrathswahlkomödie mit demselben Ausgange. Die Czechen warten noch immer mit Beharrlichkeit auf eine gute Gelegenheit, ihre Bestrebungen zur Geltung zu bringen, und ohne unsere Verhältnisse konsolidirt zu haben, gehen wir dem Zeitpunkte entgegen, wo es gelten wird, den österreichisch-ungarischen Ausgleich zu revidiren, über die künftige Gestaltung der Gesammtmonarchie zu Rathe zu sitzen. Auch in vielen Detailfragen hat die Regierung Niederlagen aufzuweisen.

Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens sah sich zur Zurückziehung von Vorlagen genöthigt, und in Betreff der Zustimmung zu dem neuen Eisenbahnprogramm giebt sie sich heute wohl kaum mehr irgendwelchen Illusionen hin. Auf dem Gebiete der Ehegesetzgebung ist nachgerade in Folge der mannigfachen eingebrachten abgesetzten und wieder hervorgeholten Vorschläge, ein förmliches Chaos eingerissen, und was eine der Streitfragen neuesten Datums, die reichsgesetzliche Regelung der Schulaufsichtsfrage (Wildauer'scher Antrag) anbelangt, sehen wir sogar den Ausschuß des Herrenhauses, in welchem zwei ehemal. Minister und der Senior der konservativen Verfassungspartei sitzen, mit einem von Herrn v. Hye ausgearbeiteten Referate, den Anschauungen des Unterrichtsministers mit der sicheren Aussicht auf die Zustimmung der ersten Kammer entgegengetreten. Trotz alledem und alledem ist die Stellung des Ministeriums bisher eine unerschütterte geblieben, und der nüchterne Beobachter der Verhältnisse wird zugeben müssen, es stehe zu erwarten, daß sie auch unerschüttert bleiben werde. . . . . Wir haben lange für das System nichts gefürchtet, auch wenn die Minister gewechselt haben würden, nun fürchten wir für den Staat, auch wenn die Regierung dieselbe bleibt, für das System, auch wenn die Portefeuilles in den Händen derer bleiben, die sich an dieselben klammern, denn nicht gegen das Kabinet, gegen das **Staatswesen**, das so andauerndem und fortschreitendem Verfalle der Volkswohlfahrt keinen Damm zu setzen vermag, sind der Unwille und die allgemeine Unzufriedenheit gerichtet.

Frankreich.

Paris, 13. Dezember. Die gradezu vernichtende **Niederlage**, welche die **orleanistische** Partei als rechtes Zentrum in der Nationalversammlung durch den Ausfall der **Senatorenwahlen** erleidet, kann schwerlich ohne Rückwirkung auf die Stimmung des Landes und auf die allgemeinen Wahlen bleiben, wobei freilich vorausgesetzt werden muß, daß die Allianz der Bonapartisten und Republikaner, welche die von den Orleanisten so tief empfundenen Resultate zeitigt, auch über den Schluß der Nationalversammlung hinweg fortdauert. Was speziell die Bonapartisten anbelangt, so sind die Gründe für die Taktik der letzteren durchsichtig genug; ihr Bündniß mit den Republikanern ist die Revanche für die von den Orleanisten s. Z so eilig betriebene déchéance-Erklärung zu Bordeaux. Fallen die Wahlen im Lande zu Anfang des Jahres ähnlich aus, so dürfte ein solches Ergebniß der déchéance des Orleanismus gleich zu erachten sein. Nachdem dieser das legitime Königthum unmöglich gemacht hat, ist jetzt, wo Frankreich einigermaßen zu sich selbst kommt, die Reihe an ihm. Sobald er abgethan, stehen Bonapartisten und Republikaner allein auf dem Wahlplatz, und wahrscheinlich von der allgemeinen Situation Frankreichs nach dem Schluß der nächstjährigen Wahlkampagne wird es abhängen, ob die Bonapartisten den Moment für gekommen erachten, ihrerseits den Kampf um die Herrschaft aufzunehmen. Minister Buffet hat, wie bereits gemeldet, seinen Namen von der Senatorenliste streichen lassen, seine Demission wird er jedoch, wie das „Journal de Paris" zum Ueberfluß nochmals erklärt, nicht geben. Der „Moniteur" hat bereits vor Beginn der Senatorenwahlen kundgethan, daß der Marschall-Präsident entschlossen sei, die bevorstehenden Wahlen nur mit diesem Kabinet durchzuführen. „Journal de Paris" erklärt, daß Herr Buffet das Vertrauen der jetzigen, von ihm bereits als aufgelöst betrachteten Kammer nicht mehr bedürfe, jedoch zurücktreten werde, falls die künftige Kammer ihm gleichfalls kein Vertrauen entgegenbringe. Das Ministerium zieht den Preßgesetzentwurf nicht zurück; Buffet und Dufaure werden ihn vertheidigen. Es ist selbstverständlich, daß Mac Mahon über den Gang der Wahlen höchlich erzürnt ist. Am Freitag war er zuerst sehr niedergeschlagen, aber schon am Sonnabend erklärte er, Audiffret-Pasquier nicht als Minister annehmen zu wollen, und forderte Buffet auf, unter allen Umständen zu bleiben.

Die Stimmung in Versailles ist eine sehr erregte. Die Orleanisten ziehen in so groben Ausdrücken gegen die Royalisten zu Felde, daß man in jedem Augenblicke befürchten muß, es möchte zu Handgreiflichkeiten kommen. Die Verhandlungen zwischen der äußersten Rechten und den drei Gruppen der Linken währten den ganzen gestrigen Tag. Besonderen Eifer legen von royalistischer Seite Dumon, Tréville, Franclieu und Cazenove de Pradines an den Tag. Die Republikaner zeigten sich sehr nachgiebig und bereitwillig, royalistische Kandidaten auf ihre Liste zu setzen. Auf den Theil der äußersten Rechten, welcher sich von der Koalition zurückgehalten hatte, machte der gestrige Brief Larochette's einen tiefen Eindruck; viele derselben verlangen, daß Carayon de la Tour sie ihres Wortes entbinde, für die orleanistische Liste zu stimmen. Dieser weigert sich bis jetzt. Wenn die Abstimmung bis morgen fortdauert, werden jedenfalls noch andere Royalisten auf der republikanischen Liste figuriren. Der Minister Wallon hat jetzt ebenfalls seiner Kandidatur für den Senat entsagt. Er kündigt dies in folgendem Schreiben an:

Meine lieben Kollegen! Durch das Vertrauen der Hauptmitglieder der konstitutionellen Partei dazu berufen, in ihrem Namen auf den Tisch der Nationalversammlung den Antrag Betreffs des Senates niederzulegen, würde ich es mir zur Ehre angerechnet haben, in dieser Kammer auf eine Liste von denen gesetzt zu werden, welche die Verfassung annehmen. Da diese Uebereinstimmung nicht zu Stande kam und es nicht den Anschein hat, daß sie zu Stande kommt, so wünsche ich nicht länger in dem Kampfe zu erscheinen, der zwischen den beiden Seiten des Hauses entbrannt ist. Ich danke Ihnen für Ihre wohlwollenden Stimmen und bitte Sie, meinen Namen zurückzuziehen. Ihr 2c.

H. Wallon.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung. (Schluß)

Berlin, 15. Dezember. Nachdem, wie mitgetheilt, die erste Berathung des Gesetzes wegen Abänderung des Art. 15 des Münzgesetzes geschlossen, schritt das Haus im Fortgang der Sitzung zur zweiten. Zu dieser liegt das bereits angekündigte Amendement des Abg. **Sonnemann** vor, den Zeitraum zwischen Publikation der vorliegenden gesetzlichen Maßregel und ihrer Wirksamkeit von drei auf einen Monat herabzusetzen.

Abg. **Sonnemann** erklärt: bezüglich der von ihm aufgestellten Schätzungen habe er eine Erwiderung des Bundesrathes nicht erwartet. Ein einzelner Abgeordneter könne sich eine solche Exkursion gestatten. Er habe sich für verpflichtet gehalten, über die Tragweite des vorgeschlagenen Gesetzes Aufschluß zu geben und etwaigen Befürchtungen, als werde dasselbe den Verkehr hemmen, entgegenzutreten. Auf den früheren Verlauf der Münzreform sei er absichtlich nicht eingegangen. Er sei kein Freund von Rekriminationen und habe absichtlich jeden Rückblick vermieden, weil er mit dem Vorgehen der Reichsregierung seit dem letzten Sommer vollständig einverstanden sei. Nachdem aber der Finanzminister aufs Neue „die spielende Leichtigkeit", mit der die Münzreform durchgeführt sei, zur Sprache gebracht habe, müsse er doch wenigstens eine Gegenbemerkung machen: Für die Ausfuhr der Goldmünzen könne man die Regierung nicht verantwortlich machen, wohl aber für die zu frühe Ausgabe derselben, wodurch unzweifelhaft sehr viel zu den enormen Preissteigerungen der letzten Jahre beigetragen worden sei. Durch seinen Vorschlag, den Banken zu gestatten, einen kleinen, etwa den zehnten, Theil ihres Baarvorraths **vorübergehend** in Silber zu halten, werde die Goldwährung nicht alterirt. Diese Maßregel könne noch nothwendiger werden und man möge sie heute nicht absolut von der Hand weisen. Sei ja auch zu der wichtigen Bestimmung des Bankgesetzes, betreffend den Ankauf von Goldbarren zu 1392 Mark die Initiative aus dem Reichstage gekommen, ebenso zu der gegenwärtigen Gesetzesvorlage, welche er zuerst in der Bankkommission angeregt habe. Die Scheideanstalten haben allerdings selbst kein Bedürfniß der Belehnung, wohl aber haben es diejenigen oft, welche Silber von den Scheideanstalten kaufen wollen. Der Vorrath in Silber sei nur noch groß genug, um es möglich zu machen, daß die Banken diejenigen, welche Geld verlangen, unter Umständen mit Silber abspeisen könnten. Eine Steigerung der Wechselcourse könne rasch und unerwartet kommen. Wenn man daher die Thaler als Scheidemünze erklären wolle, so solle man dafür einen möglichst kurzen Termin anberaumen. Ein Monat, wie in seinem Amendement beantragt, genüge vollkommen.

Abg. Dr. **Harnier** hält das Amendement Sonnemann für um so bedenklicher, als es ja dem Bundesrath unbenommen bleibt, von dieser ihm gestatteten Minimalgrenze keinen Gebrauch zu machen, wenn ihm eine längere dreimonatliche Frist nothwendig erscheint, die allerdings in Anbetracht der kursirenden Drei-Monats-Wechsel Manches für sich hat. — **Präsident Delbrück** wiederholt, daß zu der Annahme der Abänderung kein Grund vorliege. Dieselbe wird indessen angenommen und mit ihr das Gesetz **genehmigt**.

Hieran schließt sich die Fortsetzung der seit zirka 14 Tagen unterbrochenen **zweiten Berathung des Reichshaushalts-Etats**, und zwar zunächst des Budgets der Marine, welches in der Budgetkommission zum größeren Theile einer sehr eingehenden formellen Umarbeitung unterzogen worden ist. Das Resultat derselben ist in einer langen Reihe von Anträgen niedergelegt, deren formelle und materielle Bedeutung der Berichterstatter Abg. Rickert dem Hause erläutert. Die Wiedergabe derselben kann, da sie ohne eine gleichzeitige Gegenüberstellung der ursprünglichen Aufstellung der einzelnen Etatspositionen nicht verständlich sein würde, auch den materiellen Inhalt des Ordinariums im Wesentlichen unberührt läßt, füglich unterbleiben, da auch die Vertreter der Marineverwaltung selbst, wie der Referent hervorhebt, mit dieser Umarbeitung sich einverstanden erklärt haben. Eine wesentlich andere Gestalt hat nach der Versicherung des Berichterstatters das Extraordinarium erhalten, das den für die Aufstellung der anderen Etats maßgebenden Grundsätzen konformirt worden ist. Auch bei dem Ordinarium hat eine Revision stattgefunden und ist dabei vorzüglich untersucht worden, ob nicht durch die Konstituirung einzelner Etatstitel als selbständiger Fonds diese der Kontrole der Reichsvertretung entzogen werden möchten. Die Vertreter der Marine haben eine solche Intention in Abrede gestellt, man hat indessen bei einzelnen eine größere Spezialisirung für angezeigt erachtet.

Zu Tit. 5 der Einnahmen, unter den verschiedene kleinere Einnahmeposten aus den verschiedensten Quellen zusammengefaßt sind, wünscht Abg. **Dohrn** Auskunft über die Einnahmen aus der Seewarte. Dieses Institut, welches dazu bestimmt ist, Wechselwirkungen zwischen der Schifffahrt und der nautischen Wissenschaft zu erhalten, wird gut daran thun, Leistungen für die Schifffahrt, wie die Revision von Chronometern und Barometern in der koulantesten Weise gegen geringe Kosten zu erfüllen, dagegen kostspieligere Arbeiten, wie die Deviation von Kompassen oder Leistungen für die Industrie möglichst zu beschränken, eventuell dafür die entsprechenden Gebühren zu erheben.

Staatsminister v. **Stosch**: Um dem Institut Boden zu verschaffen, hat man seine Dienstleistungen für die betheiligten Kreise so zugänglich als möglich gemacht. Wo die Industrie unterstützt werden soll, ist es die Absicht Gebühren zu liquidiren, dagegen hat man bei der Feststellung der Deviation von Kompassen bisher nur die Reisekosten berechnet. Der Tit. 5 wird unverändert genehmigt.

Bei Kap. 45 Tit. 2 der Ausgaben wird dann auf den Antrag der Budgetkommission eine Remuneration von 900 Mark für bestimmte besondere Dienstleistungen des Justitiarius der Marine als „künftig wegfallend" bezeichnet. Bei demselben Titel fragt Abg. **Schmidt** (Stettin), warum die Stelle eines Marine-Intendanten für Kiel und Wilhelmshaven sich nicht im Etat mit einer Funktions-Zulage finde, obwohl in einem vom Chef der Admiralität in diesem Jahre gezeichneten Reglement über die Annahme und Prüfung von Kandidaten für den höheren Marine-Intendanturdienst vom Intendanten die Rede sei. Der Chef der Admiralität erwidert, daß es an Mitteln bisher zu dieser Ausgabe gefehlt hat. Der Titel selbst wird nach den Anträgen der Budgetkommission genehmigt.

In dem Kapitel „**Militär-Personal**" sind als Ausdruck der erfolgten Neuorganisation Admiralstab und Marinestab unter zwei verschiedenen Titeln aufgeführt. Die Budgetkommission beantragt dagegen, den Marinestab mit dem Seeoffiziercorps zusammenzufassen, denn wenn auch die Aufstellung des Etats, wie der Referent Abg. **Rickert** bemerkt, keine Vermehrung der Offizierstellen zur Folge haben kann und auch die Organisation im Rahmen des Flottengründungsplans stattgefunden hat, so erschien es doch richtig, die Formation die den Etat nicht berührt, auch darin nicht kenntlich zu machen.

Bei Kap. 52 (Indiensthaltung der Schiffe und Fahrzeuge) hält sich Abg. Dr. **Dohrn** für verpflichtet, auf die Verdienste hinzuweisen, welche sich die „Gazelle" auf der Expedition nach den Kerguelen-Inseln um die Geographie und Naturwissenschaften erworben hat und die sich ebenbürtig neben die Leistungen stellen, welche nur jemals von englischen, französischen und amerikanischen Schiffen auf Entdeckungsreisen vollbracht sind. Leider fehlt es bisher an einem Organe, welches diese werthvollen Errungenschaften dem Publikum zugänglich machen könnte, die Presse besonders hat fast gar nicht davon Notiz genommen. Minister v. Stosch erklärt, daß die Veröffentlichung in den geographischen Annalen, einer monatlich erscheinenden Zeitschrift, erfolgt.

Abg. **Schmidt** (Stettin) bemerkt, daß die wissenschaftliche Leistung auf dem Marine-Gebiete sich auch in der Herstellung guter **Seekarten** bethätige. Es werde an der Herstellung einer Seekarte für die Ost- und Nordsee gearbeitet, die für die Nordsee sei deshalb schwieriger, weil das Fahrwasser sich mehr namentlich an der Küste verändere. Der Generalstab der Armee habe mit seinen Arbeiten bei der Landaufnahme die Arbeiten der Kartographie zwar gefördert, bei nicht ausreichenden Kräften schreite das wichtige Kartenwerk jedoch langsamer vor, als es erwünscht sei, und stelle er die Frage, wann die Seekarten für Ost- und Nordsee vollendet sein würden.

Minister v. **Stosch** erklärt, daß die Seekarte für die Ostsee im nächsten Jahre fertig sein würde; für die Nordsee bedürfe man allerdings verschiedener Karten für die einzelnen Jahreszeiten eben wegen der Veränderlichkeit des Fahrwassers. Die betreffenden Titel werden bewilligt.

Bei Kap. 62 „Torpedowesen" 149,130 Mark hält der Abg. **Schmidt** (Stettin) die geforderten sächlichen Ausgaben im Betrage von 126,480 Mark zu hoch — in den Jahren 1873 und 1874 sind über 600,000 M. Restbestände geblieben — und rügt es, daß die Erläuterungen im Etat über die Entwickelung des Torpedowesens sehr mager ausgefallen seien. Es würde sich empfehlen, wenn der Reichstag nach dieser Richtung später mehr informirt würde. Redner spricht die Erwartung aus, daß das Torpedomaterial des deutschen Reichs in technischer Vollendung hinter den hervorragenden Leistungen einiger größerer Seestaaten nicht zurückstehen würde.

Abg. **Miquel** versteht die Aeußerung des Vorredners dahin, daß damit die Admiralität nicht zu größeren Ausgaben angetrieben werden soll, als sie selbst für nöthig hält.

Die **einmaligen Ausgaben** geben zu einer längeren Debatte, im Wesentlichen einer Wiederholung der Kommissionsverhandlungen, Veranlassung. Die Kommission beantragt: „Die die Anweisung einer Summe von 17,769,300 Mark auf die Restbestände enthaltende Bemerkung am Schlusse des Kapitels 7 wie folgt abzuändern und anzunehmen: „Die am Schlusse des Jahres 1875 verbleibenden Bestände an Etatsmitteln zu einmaligen Ausgaben sind, soweit dieselben für die Zwecke, für welche sie bewilligt sind, im Jahre 1876 entbehrlich sind, in Höhe von 23 000 000 Mark zur Deckung des vorbezeichneten Bedarfs der Marine für das Jahr 1876 zu verwenden und demgemäß die Schlußsumme des Kapitel 7 umzuändern in 4,769,300 Mark. Die entsprechende Wiederergänzung der in dieser Weise angegriffenen Restenfonds erfolgt durch die Etats der nächsten Jahre."

Ref. Abg. **Rickert**: Da in den früheren Jahren für die Marine-Verwaltung mehr bewilligt worden ist, als dieselbe zu verbrauchen im Stande war, so waren Ende 1874 ungefähr 48 Mill. M. Restbestände vorhanden. Ende d. J. werden ungefähr 35 Mill. Restbestände vorhanden sein, und da die Marineverwaltung diese Bestände nicht zu verbrauchen im Stande sein wird, so wollte die Kommission einzelne Positionen des Extraordinariums absetzen und hat den Chef der Admiralität, selbst die Punkte zu bezeichnen, an welchen Absetzungen möglich seien. Da derselbe im Augenblick bestimmte Auskunft nicht geben zu können erklärte, so blieb nichts übrig, um den Chef der Marineverwaltung in seinen Dispositionen nicht zu hindern, als eine Pauschal-Summe zu bezeichnen. Von der Richtigkeit der Ansicht, des in der Kommission anwesenden Vertreters des Reichskanzleramts, das hieße eine Anleihe bei der Marineverwaltung machen, konnte sich die Kommission nicht überzeugen; es ist vielmehr nur eine Anweisung auf nicht verbrauchte Restbestände.

Abg. **Maltzahn-Gültz**: Die Kommission hat sich von dem Wunsch, die Börsen- und Brausteuer überflüssig zu machen, und nicht von aus dem Marineetat hergeleiteten Gesichtspunkten leiten lassen. Für mich und meine Freunde sind nur letztere leitend und wir werden daher für die Regierungsvorlage stimmen.

Abg. **Grumbrecht** hält vom finanzwirthschaftlichen Standpunkte aus den Vorschlag der Kommission für eine Ungeheuerlichkeit, wird aber trotzdem für denselben stimmen, da man neue Steuern nicht einführen dürfe, so lange man **einen** Pfennig noch in der Tasche habe.

Abg. **Hölder** bestreitet, daß die Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage des Reiches in den Kommissionsberathungen durchschlagend war und daß der Vorschlag eine Anleihe bei den Restbeständen der Marineverwaltung bedeute. Die Reichsregierung übertrage 17,769,300 Mark aus den Restbeständen auf den Etat der einmaligen Ausgaben, die Kommission gehe nur um 5 Millionen weiter. Dies wäre unzulässig, wenn dadurch die energische Durchführung des Flottengründungsplanes im nächsten Jahre verhindert würde. Daß dies nicht der Fall sei, habe der Chef der Marineverwaltung in der Kommission selbst erklärt.

Abg. **Lucius** (Erfurt) erklärt, er und seine Freunde würden für den Kommissionsvorschlag stimmen, weil dadurch den Bedürfnissen der Marine-Verwaltung im Extraordinarium vollständig genügt werde.

Abg. v. **Minnigerode** hält es nicht für richtig, während die Eisenindustrie darniederliegt und die Arbeiter feiern, die Marineverwaltung auf das Nothwendigste zu beschränken und dadurch jene Industrie noch mehr zu schädigen.

Abg v. **Bennigsen**: Die Mehrheit der Kommission hat es nicht darauf angelegt aus dem Grunde, daß die Finanzmittel knapp sind, Bauten zu hindern und dadurch die Industrie in ihrer Thätigkeit zu beschränken. Nach der Erklärung des Chefs der Marineverwaltung in der Kommission, daß es ebenso wie in den früheren Jahren nicht ausführbar sein werde, die vorhandenen Bestände und die in dem Etat für 1876 ausgeworfenen Mittel aufzubrauchen, lag die Möglichkeit vor, 5 Millionen mehr als die Regierung auf die Bestände anzuweisen. Um die Marineverwaltung nicht in ihrer Dispositionsfreiheit zu beschänken, hat man nicht einzelne Positionen abgesetzt, sondern den vorgeschlagenen Weg gewählt.

Abg. **Richter** (Hagen): Ich habe diese Operation schon im vorigen Jahr vorgeschlagen. Die Finanzkalamität dieses Jahres ist eine Folge des Umstandes, daß wir im Sommer 1873, ehe die französische Kriegskostenentschädigung ganz vertheilt war, 14 Mill. Thaler nachträglich für das Extraordinarium der Marine pro 1873 und 1874 zur Verfügung gestellt haben. Die Marineverwaltung hat diese Summe nicht aufzubrauchen vermocht und ist mit einem großen Rest in das Jahr 1875 eingetreten und wird mindestens mit einem Bestande von 35 Mill. in das Jahr 1876 eintreten. Ich hätte deshalb die Schmälerung des Marineetats durch Streichung einzelner Positionen gern gesehen; aus den angeführten Gründen hat man einen Gesammtabstrich gemacht und der Herr Chef der Marine hat klug gehandelt, dies zu akzeptiren, denn sonst würde sich wahrscheinlich die Kommission meinem Vorschlage angeschlossen haben. Man muß die Dinge gar nicht kennen, um ein Urtheil wie der Abg. v. Minnigerode auszusprechen, daß die Dinge mit der Industrie zusammenhängen. Die Bestellungen für die großen Panzerschiffe sind längst gemacht, die Eisenindustrie ist also schon deshalb ganz unbetheiligt.

Nachdem der Referent erklärt hat, gerade mit Rücksicht auf die Eisenindustrie habe man von einem Antrag, die Forderungen für zwei Panzerkanonenboote über den Flottengründungsplan hinaus abzulehnen, abgesehen, wird der Antrag der Kommission gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Damit ist der Marineetat nach den Beschlüssen der Budgetkommission in zweiter Berathung genehmigt.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung **Donnerstag** 11 Uhr. (Der Rest aller auf den Etat bezüglichen Vorlagen. Nach der Absicht des Präsidenten soll morgen die zweite, am Sonnabend die dritte Berathung des Etats, am Freitag das Musterschutzgesetz erledigt werden, und am Sonnabend die Thätigkeit des Reichstags vor dem Fest schließen.)

Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 14. Dezbr. **18. Sitzung**. Präs. Graf Otto zu **Stolberg** eröffnet die Sitzung um 7¾ Uhr. Am Regierungstisch: Präs. **Herrman**, Unterstaatssekretär Dr. **Sydow**, Kultusminister Dr. **Falk** und Ministerialdirektor Dr. **Förster**. **Tagesordnung**: Fortsetzung der Spezialberathung der General-Synodalordnung. Ohne Diskussion wurde folgender Paragraph als 40 a, den die Kommission vorgeschlagen, angenommen: „Die Amtsthätigkeit der jetzigen Kreissynoden und Kreissynodalvorstände, Provinzialsynoden und Provinzialsynodenvorstände erlischt mit dem Tage, an welchem die nach der gegenwärtigen Ordnung gebildeten Synoden und Synodalvorstände in Wirksamkeit treten. Der § 39 lautet: „Die

(Fortsetzung in der Beilage.)

§§ 50, 59, 61 und 62 der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 sind aufgehoben. An die Stelle derselben treten die Bestimmungen der nachfolgenden §§ 40–43 (Die aufgehobenen §§ enthalten die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Kreis- und Provinzialsynoden.) Die Kommission empfiehlt die unveränderte Annahme des § 39. Der Kommissionsantrag wird von Diest-Daber, Schultze (Elbei) und v. Kleist-Retzow bekämpft, von den Herren v. Goßler, Müllensiefen, sowie von dem Kultusminister Dr. Falk und Ministerialdirektor Dr. Förster vertheidigt. Nachdem noch der Referent Professor Dr. v. d. Goltz (Bonn) den Kommissionsantrag vertheidigt, wird der § 39 der Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 113 gegen 78 Stimmen angenommen. Nach der Abstimmung giebt Dr. Kögel die Erklärung in seinem und seiner Freunde Namen ab, daß sie ihr soeben abgegebenes verwerfendes Votum durch eine zum Protokoll abgegebene schriftliche Erklärung motiviren werden. Auf Vorschlag des Präsidenten beschließt die Versammlung die von den beiden Kommissionen vorgeschlagenen Resolutionen bis zur zweiten Lesung der Vorlage zurückzustellen und tritt in die Berathung des § 38.

Die Kommission beantragt den § 38 in folgender Fassung anzunehmen: „Die Neuregelung der Ressortverhältnisse zwischen den Staatsbehörden einerseits und den Kirchenbehörden andererseits bleibt staatlicher Anordnung vorbehalten." Nach kurzer Diskussion wird diese Fassung des § 38 angenommen. Ohne Debatte werden dann noch die §§ 44 und 45 angenommen, womit die erste Berathung beendet ist. — Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tages-Ordnung: Zweite Berathung der General-Synodalordnung. Schluß 12 Uhr.

Der § 40 hat durch die gestrige Beschlußfassung folgenden Wortlaut erhalten: „Die Kreissynode besteht aus: 1) dem Superintendenten der Diözese als Vorsitzenden. Unter mehreren zur Synode gehörigen Superintendenten gebührt der Vorsitz dem im Ephoralamt älteren; 2) sämmtlichen innerhalb des Kirchenkreises ein Pfarramt definitiv oder vikarisch verwaltenden Geistlichen. Geistliche an Anstalten, welche keine Parochialrechte haben, Militärgeistliche und ordinirte Hülfsgeistliche sind nur befugt mit berathender Stimme an der Synode theilzunehmen. Zweifel über den Umfang der Theilnahmeberechtigung einzelner Geistlichen entscheidet das Konsistorium; 3) der doppelten Anzahl gewählter Mitglieder. Die Hälfte derselben wird in der Weise gewählt, daß jede Gemeinde aus denjenigen Aeltesten und denjenigen Gemeindevertretern, welche die Qualifikation zum Aeltesten haben, oder aus der Zahl der früheren Aeltesten soviel weltliche Mitglieder entsendet, als sie stimmberechtigte Geistliche hat. Die andere Hälfte wird aus den angesehenen kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Synodalkreises ohne Standes- und Amtsbeschränkung von den an Seelenzahl stärkeren Gemeinden gewählt. Diejenigen Gemeinden, welche hiernach noch ein oder mehrere Mitglieder zu wählen haben, sowie die Zahl dieser Mitglieder, werden unter Berücksichtigung der Seelenzahl sowie der sonstigen örtlichen Verhältnisse der Gemeinden und des Kreises das erste Mal durch Anordnung des durch den Provinzialsynodalvorstand verstärkten Konsistoriums, demnächst endgültig durch den Beschluß der Kreissynode bestimmt. Der Beschluß bedarf der Bestätigung des durch den Provinzialsynodalvorstand verstärkten Konsistoriums, die Wahl der zu dieser Abtheilung gehörigen Mitglieder wird durch die vereinigten Gemeindeorgane bei verbundenen Gemeinden der Gesammtparochie vollzogen; wo verfassungsmäßig eine Gemeindevertretung nicht vorhanden ist, erfolgt die Wahl durch den Gemeindekirchenrath. Die Gewählten müssen das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Wahlen der zu 3 genannten Mitglieder geschehen auf drei Jahre. Seitens der Kirchenregierung ist darauf hinzuwirken, daß durch Theilung der größeren Diözesen eine übermäßig große Zahl der zu einer Kreissynode gehörigen Mitglieder vermieden werde.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 16. Dezember.

— Wie bereits gemeldet, sollen mit dem 1. Januar k. J. zwei neue polnische Wochenblätter mit ultramontaner und polnisch-nationaler Tendenz in Posen erscheinen. Der „Staatsanz." berichtet darüber wie folgt:

Die Titel der angekündigten Wochenblätter sind: 1) Oświata (Bildung), katholisch nationales Wochenblatt für die mittleren Stände. Inhalt: vorzugsweise Erzählungen aus der polnischen Geschichte und Novellen zur Belehrung und Unterhaltung. Der Redakteur und der größte Mitarbeiter werden Geistliche sein. Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 M. 50 Pf. 2) Gwiazda (Stern). Herausgeber und Redakteur Domvikar Tłoczynski, der frühere Redakteur des ultramontanen Wochenblatts Niedziela. Inhalt: 1) religiöse Belehrungen in Bezug auf den schwebenden Kirchenstreit, Katechismuslehren für Eltern, deren Kinder des religiösen Unterrichts entbehren, Leben der Heiligen; 2) polnische Geschichte, Kirchengeschichte und polnische Literatur; 3) Naturwissenschaften, Landwirthschaft, Uebersicht der polnischen Ereignisse. Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 M.

Die polnische ultramontane Tagespresse wird nach dem Erscheinen der beiden angekündigten Wochenblätter sechs Organe in der Stadt Posen zählen. Diese außerordentlichen publizistischen Anstrengungen sind ein Beweis, wie sehr die ultramontane Partei bemüht ist, die Masse der polnischen Bevölkerung mit ihren Ideen zu durchdringen und für ihre staatsfeindlichen Bestrebungen zu gewinnen.

Auch in Westpreußen wird die Begründung von zwei neuen polnischen Blättchen angekündigt, davon wird eins in Thorn („Przyjaciel"), das andere in Pelplin erscheinen.

— **In der polnisch-katholischen Volksversammlung**, die, wie bereits erwähnt, am 12. d. in Rogasen stattfand, wurde außer den Adressen an die polnische Landtagsfraktion und den Grafen Ledóchowski auf Antrag des Vorsitzenden Propst Słominski folgende Resolution, wie gewöhnlich einstimmig, angenommen: „In Erwägung, daß die jetzt in den Schulen eingeführten Neuerungen eine Germanisirung der polnischen Jugend bezwecken und keine Garantie für eine religiöse Erziehung geben, erklären die Versammelten, daß man (?) nach Unterrichtsfreiheit streben muß."

— **Von der polnischen Reichstagsfraktion.** Ein berliner Korrespondent des hiesigen „Dziennik" beklagt die geringe Theilnahme der polnischen Mitglieder des Reichstages an den Berathungen desselben und zwar hauptsächlich im Hinblick auf die am 14. d. stattgehabten Debatten über die Strafgesetznovelle. Denn wenn die ganze Fraktion der Polen an dieser Sitzung theilgenommen hätte, schreibt der Korrespondent, hätte der Fürst-Reichskanzler eine kleine Niederlage erlitten. Die §§ 113, 114, 115 und 117, welche verschärfende Bestimmungen für den Widerstand gegen Exekutivbeamte enthalten, wurden auf ausdrücklichen Wunsch des Reichskanzlers nur mit geringen Abänderungen mit 144 gegen 137 Stimmen angenommen — und von den Polen fehlten gerade sieben.

r. **Die hiesige Diakonissen-Anstalt** hat ihren Umzug in die Räume des auf der Königsstraße neu erbauten Krankenhauses am Dienstag und Mittwoch dieser Woche bewerkstelligt. Das alte auf der Zagórze belegene Kranken-Haus wird vorläufig nach Vornahme einiger baulichen Veränderungen von den Zöglingen des evangelischen Mädchen-Rettungshauses bezogen werden. Die Einweihung der neuen Anstalt wird bis nach Weihnachten verschoben werden müssen. Da die gegenwärtig in Berlin tagende General-Synode mehrere bei der Feier nicht zu entbehrende Persönlichkeiten am Erscheinen verhindert. Voraussichtlich findet sie in der 2. Woche des Januar k. J. statt.

— **Versetzung.** Der Telegraphendirektions-Sekretair Wolff in Breslau ist an die Oberpostdirektion in Posen versetzt worden.

— **Personalien.** Die Lehrer Hannebohn, Dejewski, Spannenberg, Güttke, Passini, Gaertig, Grundschock, Zippel und Przybilski sind als definitive Lehrer und die Lehrerinnen Krupski und Conrad als Lehrerinnen an einer der Elementarschulen in Posen angestellt worden.

— **Schulinspektion.** Dem Ober-Pfarrer Zakobielski in Unruhstadt ist die Aufsicht über die Privat-Knabenschule des Cand. theol. Kochler und die Privat-Töchterschule des Fräuleins Riedel daselbst übertragen.

r. **Zum freihändigen Verkaufe** des Grundstücks der Ostdeutschen Bank i. L., Wilhelmsstraße 26, fand am 15. d. Mts. ein Termin statt. Es waren zu demselben vier Offerten eingegangen, von denen jedoch keine für annehmbar erachtet wurde. Das Grundstück ist von der Ostdeutschen Bank für 88 000 Thlr. gekauft worden und repräsentirt, nachdem mehrere Bauten auf demselben ausgeführt worden sind, einen Werth von 105 oder 110,000 Thlr.

r. **An Wechselstempelsteuer** sind in der Zeit vom 1. Januar bis Ende November d. J. im Ober-Postdirektions-Bezirk Posen entrichtet worden 91,130 M. gegen 94,464 M. in derselben Zeit des Vorjahres, d. h. also 3334 M. weniger. Im ganzen deutschen Reiche wurden in dieser Zeit an Wechselstempelsteuer entrichtet 6,629,815 M. gegen 6,494,727 M. in derselben Zeit des Vorjahres, d. h. also 135,088 M. mehr.

r. **In der Stadtverordneten-Sitzung** am 15. d. M. waren 27 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch den Oberbürgermeister Kohleis, den Bürgermeister Herse und die Stadträthe Annuß, v. Chlebowski, L. Jaffe, Dr. Loppe, Rump, Stenzel vertreten.

In Betr. der Besetzung der Stadtinspektor-Stelle berichtet Kaufmann W. Kantorowicz, daß der Magistrat, nachdem der bisherige interimistische Stadtinspektor Schmidt seine Stellung aufgegeben, den bisherigen Marstallschaffner Albold zum Stadtinspektor gewählt und bei der Versammlung beantragt habe, sich mit dieser Wahl einverstanden erklären zu wollen. Es werde sich empfehlen, Hrn. Albold diese Stelle zunächst interimistisch auf ein Jahr zu übertragen und ihm statt des vom Magistrate beantragten Gehaltes von 2250 M. nebst freier Wohnung 2c. ein solches von 2000 M. nebst entweder freier Wohnung oder 432 M. Wohnungsgeldzuschuß mit der Verpflichtung, in der Nähe des Rathhauses zu wohnen, zu gewähren. Die Versammlung beschließt gemäß diesem Antrage.

Der Antrag des Realschullehrers Knothe um Gewährung einer Dienstalterszulage wird abgelehnt, nachdem der Realschuletat pro 1876 bereits in einer der früheren Sitzungen festgestellt und bei dieser Gelegenheit ein Antrag auf Erhöhung des Gehaltes des Hrn. Knothe um 150 M. abgelehnt worden war.

Ueber die Feststellung des Etats für die Wasserwerke berichtet Kaufmann Rosenfeld. Nachdem bereits früher zur Anschaffung einer neuen Maschine 32 400 Mk. ausgesetzt worden sind und diese Summe sich als zu niedrig herausgestellt hat, werden zur Beschaffung der Maschine, die über 40,000 Mk. kosten wird, sowie zur Herstellung von Baulichkeiten behufs Aufstellung der Maschine 50,000 Mark bewilligt. Die Einnahme der Wasserwerke stellt sich folgendermaßen heraus: Zinsen 180 Mk., Zuschuß 74,589 Mk., für Wasser 92,200 M., Verschiedenes 880 M., von der alten Quellenleitung 1980 Mark, Summa 169,829 Mk.; die Ausgabe: für Betriebsmaterial 32,045 Mk, für Reparaturen und Unterhaltungskosten 13,550 M., für Gehälter und Arbeitslöhne 12,697 Mk, für Verzinsung und Amortisation 34,658 Mk., für die alte Quellenleitung 1806 Mk, für Verschiedenes 73,578 Mk., für Unvorhergesehenes 1500 Mk., Summa 169,829 Mark. Für das Jahr 1875 beträgt die Einnahme und Ausgabe nach dem Etat 91,559 Mk. — Das Gehalt des Inspektors Bady wird von 2100 auf 2400 Mk. erhöht. Zur Ansammlung eines Reservefonds und zu Zwecken der Wasserwerke sind 14,400 Mk. bestimmt (gegen 884 M. pro 1875.)

Ueber die Bewilligung der Mehrkosten bei Tit. IV. Nr. 5 des Kämmerei-Etats (zu Postporto) und bei Tit IV. Nr. 6 (zur Beheizung und Beleuchtung der Rathhauslokale) berichtet Kaufmann Rosenfeld. Die Mehrkosten bei Tit. IV. Nr. 5 werden mit 240 Mark bewilligt; der Antrag auf Bewilligung der Mehrkosten von 900 Mark bei Tit. IV. Nr. 6 wird an die Finanzkommission überwiesen.

Zur Vergebung der Straßenreinigung pro 1876 hat ein Termin stattgefunden, zu dem nur die bisherigen beiden Unternehmer erschienen waren und eine Mehrforderung von 90 M. gegen das Vorjahr stellten (3330 gegen 3240 M.). Die Versammlung erklärt sich mit Ertheilung des Zuschlages einverstanden, ersucht jedoch gleichzeitig den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise sich die Straßenreinigung, deren Kosten sich von Jahr zu Jahr steigern, künftig billiger bewerkstelligen lasse.

Ueber die Absendung einer Petition an das Haus der Abgeordneten um Abänderung der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 11. März 1850, betr. die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens, berichtet Rechtsanwalt Mützel. Die Versammlung beschließt, sich der Petition, welche behufs Anschlusses auch anderen Kommunen übersendet werden soll, anzuschließen. Wir werden den Wortlaut derselben später mittheilen.

Die Mehrkosten von circa 1700 Thlr., welche durch die Erweiterungsbauten der Gasanstalt entstanden sind, nachdem zu diesem Behufe bereits 10,400 Thlr. ausgesetzt waren, werden von der Versammlung bewilligt.

Ueber die Ablösung des von der posener Stadtgemeinde an das Metropolitan-Domkapitel zu entrichtenden Kanons berichtet Kaufmann Rakowski. Der Kanon beträgt danach 6 Thlr. 20 Sgr. jährlich, und hat der Magistrat bei der Generalkommission die Ablösung desselben beantragt. Der Rezeß, nach welchem die Kommune Posen 518 M. für Ablösung dieses Kanons zu zahlen hat, wird genehmigt.

Es wird hierauf in die Berathung des Kämmereikassen-Etats eingetreten, über den Kaufmann S. Löwinsohn im Namen der Finanzkommission berichtet. Es wird mit der Ausgabe begonnen. Unter Tit. I. B. rücken in Folge der Pensionirung des Stadtsekretärs Maciejewski die nachfolgenden Stadtsekretäre resp. Bureau-Assistenten auf. Die Gehälter werden folgendermaßen (exkl. des Wohnungsgeldzuschusses von 432 M.) festgesetzt: Stadtsekretär Plichta 2400 M., Stadtsekretär Göbbels 2250 M., Stadtsekretär Stenzel 2000 M., Stadtsekretär Schreiber 1800 M., Stadtsekretär Bolz 1809 M. In Betr. der Kassenbeamten hat der Magistrat eine Vorlage an die Versammlung gerichtet, die sich im Allgemeinen auf eine Reorganisation des gesammten städtischen Kassenwesens bezieht. Danach hören die bisherigen drei versuchsweise eingerichteten Steuer-Rezepturen auf und wird statt deren eine Steuerkasse mit einem Rendanten und 2 Buchhaltern eingerichtet. Die Kämmereikasse und die Spar- und Pfandleih- nebst Gasanstaltskasse erhalten jede einen Rendanten und einen Kontroleur; außerdem verbleibt die Servis- und Polizeistrafkasse mit einem Rendanten, der gleichzeitig die Hundesteuerkasse verwaltet. Die Gehälter werden (exkl. des Wohnungsgeldzuschusses von 432 M.) folgendermaßen festgesetzt: Rendant Rudolph (Steuerkasse) mit 3500 M., Rendant Weckwerth (Kämmereikasse) mit 3000 M., Rendant Schnierstein (Spar- und Pfandleih- nebst Gasanstaltskasse) mit 2700 M., Rendant Seichter (Servis- und Polizeistraf- nebst Hundesteuerkasse) mit 2650 M; die beiden Kontroleure Hahn und Neumann mit 2100, resp. 1875 M.; die beiden Buchhalter Schubert und Knudsen mit 1650 und 1500 M. Gehalt. — Zu Renumerationen der Kanzleigehilfen und Kassenschreiber 2c. werden 20,000 M. bewilligt, nachdem bereits pro 1875 außer den etatirten 10,500 M. nachträglich noch 9000 M. nachbewilligt worden sind. Bürgermeister Herse weist bei dieser Gelegenheit nach, wie ganz außerordentlich sich im laufenden Jahre die magistratualischen Geschäfte durch Umstände mancherlei Art vermehrt haben, und wie dadurch die Annahme einer größeren Anzahl von Hilfskräften erforderlich geworden sei. — In der Berathung des Kämmereikassenetats wird nächsten Montag fortgefahren werden.

r. **In Betr. des Kohlentransport-Tarifs** der Posen-Kreuzburger Bahn können wir zur Ergänzung unserer gestrigen Notiz noch Folgendes mittheilen: Der Transport von 1000 Kilogramm Kohlen aus den Oberschlesischen Gruben kostet, je nach der Lage dieser Gruben, loco Posen 9 Mark 30 Pf. bis 9 Mark 80 Pfennige, und berechnet sich danach der Transport einer Waggonladung von 11000 Kilo (= 220 Ctr., =c. 60 Tonnen) auf 102 Mark 30 Pf. bis 107 M. 80 Pf. Von der Grube Wildensteinsegen betragen die Kosten des Tranports danach auf der Posen-Kreuzburger Bahn 103 M. 84 Pf., auf der Oberschlesischen 105 M. 38 Pf. (nicht, wie in Folge eines Versehens angegeben ist, 94 M. 40 Pf., resp. 95 M. 80 Pf.) Für den Transport von Königshütte betragen die Kosten auf beiden Bahnen 107 M. 80 Pf. Zu bemerken ist, daß der Transport von 1000 Kilo Kohlen transits Posen sich um 60 Pf. billiger stellt als loco Posen; es macht dies bei einer Waggonladung von 11000 Kilo Kohlen also 6 M. 60 Pf. aus. Die Transportkosten bis loco Posen stellen sich nicht höher, als bis Jarotschin, indem der Tarif für alle Stationen von Jarotschin bis loco Posen der nämliche ist.

§ **Ueberfahren** wurde gestern Nachmittags auf der Wilhemsstraße ein Bäckerlehrling von einer Droschke und trug leichte Kontusionen davon. Der Droschkenkutscher, welcher vorschriftsmäßig so lange hätte halten müssen, als der Knabe sich vor dem Pferde befand, wurde zur Bestrafung notirt.

§ **Diebstähle.** Einem Bäckermeister auf St. Adalbert wurde gestern aus unverschlossener Schlafkammer eine wollene Decke gestohlen. — Einem Schneidermeister auf der Krämerstraße ist aus unverschlossener Stube ein Bettbezug gestohlen worden. — Gestern wurde ein Mädchen verhaftet, welches im Verdachte steht, ein Goldstück gestohlen zu haben. — Einer Dame wurde gestern auf dem Zentralbahnhofe ein Portemonnaie mit 30 Mark gestohlen.

XX **Fraustadt,** 15. Dezember. [Konzert. Volkszählung. Geschenk.] Zum Besten des hiesigen Rettungshauses für verwahrloste Kinder sämmtlicher Konfessionen veranstaltete am Montag Abend der Gesangverein im Liche'schen Saale ein Konzert. Dasselbe war sehr zahlreich besucht und fielen die Leistungen zur größten Zufriedenheit aus. Die Einnahme betrug 102 Thlr., welche zur Anschaffung von Kleidungsstücken verwendet werden wird. — Nach den bis jetzt amtlich festgestellten Listen betrug am 1. Dezember d. J. die Einwohnerzahl unserer Stadt inkl. Militair 6531. Davon waren 3136 männlichen und 3261 weiblichen Geschlechts, 37 hielten sich vorübergehend auf und 97 waren abwesend. — Herr Kaufmann B. Kronheim in Glogau hat auch dieses Jahr aus Anhänglichkeit für seine Vaterstadt Fraustadt den hiesigen Stadtarmen 100 Mark geschenkt.

Grätz, 13. Dezember. [Preßprozeß.] In dem heute vor dem hiesigen Kreisgericht wegen des Artikels in Nr. 190 der „Germania" angestandenen Audienztermine wurde gegen den Angeklagten Manthey auf eine Geldstrafe von 50 Mark oder eine Woche Gefängniß, und gegen den nicht erschienenen Redakteur Gustav Taube eine Geldstrafe von 30 Mark oder vier Tage Gefängniß erkannt, und die Vernichtung der noch etwa vorhandenen Exemplare dieser Zeitungsnummer ausgesprochen, auch dem Beleidigten, Kreisrichter Bobrik das Recht zuerkannt, den Tenor des fraglichen Erkenntnisses in der „Germania" auf Kosten der Verurtheilten veröffentlichen zu lassen. (Germania.)

△ **Neutomischel,** 14. Dezember. [Kreislehrerkonferenz.] Am gestrigen Tage fand hierselbst in dem Saale des Herrn Schiller unter dem Vorsitze des k. Kreisschulinspektors, Dr. Foerster, die diesjährige Kreislehrerkonferenz der katholischen Lehrer des Kreises Buk statt. An derselben nahmen die Lokalschulinspektoren, Bürgermeister Beutsch aus Grätz und Bürgermeister Karasiewicz aus Neustadt bei Pinne, sowie 54 katholische, 6 evangelische und 1 jüdischer Lehrer Theil. Um 12 Uhr Mittags eröffnete Dr. Foerster die Konferenz mit einer Ansprache an die Versammlung, wobei er sein Bedauern über die geringe Betheiligung von Seiten der evangelischen und jüdischen Lehrer äußerte, die gleichfalls ein Interesse an der Konferenz haben, weil die Gründung einer Kreisbibliothek und eines Lehrer Lesevereins beschlossen werden sollte. Darauf wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Dr. Foerster hatte die Lehrer Mroczkiewicz, Zybala und Scheibe mit der Ausarbeitung der Statuten für den Lehrer-Leseverein beauftragt, und las Herr Mroczkiewicz das Statut vor, welches auch von der Versammlung mit geringen Abänderungen angenommen wurde. Das Beitrittsgeld beträgt 2 Mark, die Höhe der jährlichen Beiträge soll stets auf der Kreislehrerkonferenz, dem jedesmaligen Bedürfnisse entsprechend, festgesetzt werden; wenn jedoch eine Konferenz ausfallen sollte, so ist der Vereins-Vorstand ermächtigt, einen jährlichen Beitrag von 50 Pf. von jedem Mitgliede einzuziehen. Leiter und Protektor des Vereins ist der jedesmalige k. Kreisschulinspektor. Zu Vorstandsmitgliedern resp. zur Kommission, welcher die Auswahl und Anschaffung von Büchern, Zeitschriften u. s. w. obliegt, wurden gewählt die Lehrer Swit in Altomysl, Gürtler in Michorzewo, Kuklinski in Zegowo, Bartsch in Grätz und Scheibe in Gronsko; letzterer wurde auch (von den Kommissions-Mitgliedern) zum Vereins-Rendanten gewählt. Als Hauptbibliothekar wurde Lehrer Schwaebe in Neutomischel in Aussicht genommen; als Nebenbibliothekare die Lehrer: Mroczkiewicz in Neustadt b. P., Weigt in Buk, Ansorge in Sontop, Manthey in Kuschlin und Rektor Schnura in Grätz. Darauf las der Vorsitzende eine Verfügung der Regierung zu Posen vor, welche für Lehrer, welche dieses beantragen, den billigen Ankauf von Nähmaschinen durch die Vermittelung der k. Regierung in Aussicht stellt. Fast alle Lehrer, welche noch keine Nähmaschinen besitzen, bestellten solche. Ferner las der Hr. Vorsitzende eine Verfügung der hohen Behörden — das Mädchen-Turnen betreffend — vor, und machte dann der Versammlung noch mehrere andere sachliche Mittheilungen, welche sich auf seine, bei den Schulrevisionen gemachten Beobachtungen, bezogen. Damit war die Tagesordnung erledigt, und wurde das Wort dem Lehrer Scheibe zu Gronsko ertheilt. Derselbe wies darauf hin, daß der Herr Kultusminister die Regierungen ersucht habe, ihm von den wichtigeren Kundgebungen, welche in der Presse und aus Lehrerkreisen laut werden und sich auf das zu erlassende Unterrichtsgesetz beziehen, Mittheilungen zu machen, und las, daran anschließend, die Thesen vor, welche der Vereins-Vorstand des Allgemeinen deutschen Lehrervereins (Bezirksverband Berlin) am 21. v. M. einer zahlreichen Versammlung berliner Lehrer zur Diskussion unterbreitet hatte, und welche sich auf die Umwandlung sämmtlicher Volksschulen in Staatsschulen bezogen. Diese Thesen lauteten: 1. Das Wesen der reinen Staatsschule besteht in Folgendem: a) Die Schule wird vom Staate gegründet, unterhalten und geleitet. b) Die Lehrer werden vom Staate vorgebildet, geprüft, angestellt und besoldet und sind somit reine Staatsbeamte. 2. Lichtseiten der Staatsschule sind: a) Jede Schule kann die ihrem Bedürfniß entsprechenden Lehrkräfte erhalten. b) Die Förderung der Volksbildung kann in den verschiedenen Theilen des Staates eine gleichmäßige werden. c) Jeder Lehrer kann eine seiner Befähigung angemessene Stellung erhalten. d) Es wird eine regelmäßige Beförderung der Lehrer möglich. e) Die Stellung des Lehrers gegenüber der Gemeinde wird eine würdigere. 3. Schattenseiten der Staatsschule: a) Jeder Systemwechsel in der Staatsleitung macht sich der Schule gegenüber dahin geltend, daß dieselbe der jedesmal herrschenden Partei ihre Zwecke erreichen helfen soll. b) Dadurch kommt die Schule in Widerspruch mit der öffentlichen Meinung; in gleicher Lage befindet sich der Lehrer, sei es gegenüber dem Volke oder der Regierung. c) Die politische Selbständigkeit der Lehrer wird gefährdet. d) Die Staatsschule führt zu Uniformirung in Bezug auf Lehrplan, Methode, Lehrmittel 2c. und wirkt hemmend auf die Entwickelung des Schulwesens. Nach Verlesung dieser Thesen stellte Lehrer Scheibe, welcher sich gegen die vorerwähnten Schattenseiten ausgesprochen und besonders hervorgehoben

hatte, daß die Lehrer stets der vorgesetzten Behörde den schuldigen Gehorsam geleistet hätten resp. leisten müssen, ohne Rücksicht darauf, ob Mühler oder Dr. Falk an der Spitze des Unterrichtswesens standen resp. stehen, den Antrag:

Die heute hier zur Kreislehrerkonferenz versammelten Lehrer bitten die k. Regierung ganz unterthänigst: beim hohen Ministerium für die geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten die Umwandlung der Volksschulen in Staatsschulen zu befürworten.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärten sich sämmtliche anwesende Lehrer mit dem Antrage des Lehrers Scheibe einverstanden, worauf nach Unterzeichnung des Protokolls die Konferenz, welche drei Stunden gedauert hatte, geschlossen wurde.

□ **Ostrowo**, 15. Dezember. [Von der Posen-Kreuzburger Eisenbahn. Kriegerdenkmal.] Der Verkehr auf der Posen-Kreuzburger Bahn ist bereits ein recht lebhafter, besonders der Gütertransport. Leider ist die Verwaltung bis jetzt noch nicht im Stande gewesen, so viel Kohlen heranzuschaffen, als begehrt werden und in diesem Augenblicke leiden wir vollständig Mangel an diesem Material. Außer den Bestellungen für hier und Umgegend sind sehr ansehnliche Bestellungen von jenseits der Grenze wohnenden Gutsbesitzern gemacht worden. — Für die Errichtung eines Denkmals für die aus hiesigem Bezirk im Kriege Gefallenen sind Sammelstellen eingerichtet worden. Zum Besten dieses Zweckes wird am 18. der Gymnasial-Gesanglehrer Zellner in der Aula ein Konzert, und die Ressource eine theatralische Vorstellung veranstalten.

? **Schwersenz**, 15. Dezember. Mit vieler Mühe und Geduld hatte der erste Lehrer an der hiesigen evangelischen Elementarschule, Herr Distler, unter anerkennenswerther Mitwirkung des Gartenbesitzers Herrn Marco, mit den fähigeren Schülern drei Theaterstücke einstudirt, welche am verflossenen Sonntage auf der Dilettantenbühne des Herrn Marco zur Aufführung kamen. Die Zuschauer, welche den Saal bis auf den letzten Platz gefüllt hatten, spendeten den Leistungen der kleinen Darsteller reichlichen Beifall. Die Vorstellung ergab einen Reinertrag von 98 Mark 25 Pf., wovon 18 arme Kinder bekleidet werden sollen. Die unentgeltliche Anfertigung der Kleidungsstücke für die Mädchen haben mehrere Frauen bereitwilligst übernommen.

Π **Gnesen**, 14. Dezember. [Zum Brande im erzbischöflichen Palais.] Nachdem die Beiseiteschaffung und das Ordnen der angebrannten Papiere und Aktenstücke nun schon einigermaßen vorgeschritten ist, läßt sich der wirkliche Schaden näher beurtheilen. Auf eine bestimmte Kategorie von Akten war es bei der Brandstiftung augenscheinlich nicht abgesehen, sondern es lag dem Verbrecher daran, die ganze Registratur zu vernichten. Das Registratur- und das Kanzleizimmer sind nur durch eine Thür verbunden; in jedem der beiden Zimmer war an vier verschiedenen Stellen das Feuer angelegt. Den Anfang hat der Brandstifter vermuthlich mit der General-Registratur gemacht, von welcher viele Akten verbrannt sind. Den übrigen Stellen hat er nicht mehr hinreichend Zeit widmen können, da ihn wahrscheinlich der Rauch von den zuerst angezündeten Akten sehr molestirte; es sind eben an den übrigen Stellen meist nur die Akten-Etiquettes, welche aus den Repositorien heraushingen, und die in den betheiligten Fächern oben auf liegenden Aktenstücke verbrannt; freilich sind aber manche Fächer auch wieder stärker beschädigt. Im Allgemeinen kann man den Schaden, bei dem ja von einer materiellen Seite kaum die Rede sein kann, — nicht allzuhoch veranschlagen. Das Material, welches im Interesse der Vermögens-Verwaltung erforderlich ist, wird vermuthlich zumeist schon geschöpft sein und da die Repertorien und Journale glücklicherweise gänzlich erhalten sind, so wird sich Vieles leicht ersetzen lassen. — Was den Gang der Untersuchung anbelangt, so ist darüber wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen. Der Kastellan, welcher in der Nacht des Brandes verhaftet wurde, ist schon am nächsten Morgen freigelassen worden, dagegen ist die Frau desselben in Untersuchungshaft genommen worden und befindet sich noch jetzt darin.

Schneidemühl, 14. Dezember. [Unglücksfall.] In der Nacht vom Sonntag zum Montag verließ die Frau des Fleischermeisters Sydow hierselbst heimlich ihre Wohnung, und hat dieselbe sich allem Anscheine nach in einem Anfalle von Wahnsinn durch Ertränken in der Küddow das Leben genommen. Heute Vormittag sind auf dem Eise in der Nähe der Stadt-Küddowbrücke ihre Pantoffeln gefunden worden. Die Veranlassung zu ihrer Gemüthsstörung hat der vor Kurzem erfolgte Tod ihrer 9jährigen Tochter gegeben. Dieselbe ist nämlich in Folge der durch das Explodiren einer mit kochendem Wasser gefüllten Wärmflasche erlittenen Brandwunden verstorben.

—szcz— **Tremessen**, 15. Dezember. [Wahl.] Am 10. d. fand im Kiszewski'schen Lokal die Wahl der katholischen Kirchenvorsteher statt. Es betheiligten sich an derselben gegen 2000 Gemeindemitglieder, und dauerte die Wahl von früh bis Abends 10 Uhr. Die Stimmung war fortwährend aufgeregt, obwohl oder vielmehr eben weil ein großer Theil der Wähler nicht wußte, was das Ganze zu bedeuten habe. Vor dem Lokal waren Eintreiber aufgestellt, welche Wahlzettel vertheilten und den Wählern, welche mit eigenen Zetteln ankamen, an deren Stelle andere Zettel, die von den ultramontanen Machern ausgegeben waren, aufdrangen. In Folge dieser Manöver wuchs die Aufregung derart, daß gegen Abend die hier stationirten beiden Gendarmen requirirt wurden, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Gewählt wurden als Vorsteher die Herren: Zoltowski, Liebek, Grellos, Zeiske, Kaminski, Meisner, Eskowski und Nowacki. Diese Namen bedeuten den Sieg der Ultramontanen.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 14. Dezember. Der Kriminalsenat des Kammergerichts verhandelte am Montag in der Appellationsinstanz gegen den früheren Buchhalter der Brauerei-Aktien-Gesellschaft Moabit, Winkelmann, welcher wegen Urkundenfälschung und großer Unterschlagungen — die Anklage giebt dieselben auf ca. 30,000 Thaler an — zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden war. Durch die umfangreiche erneute Beweisaufnahme ergab sich auch jetzt im Wesentlichen die Schuld des Angeklagten, obwohl sich der Betrag der Unterschlagungen um ca. 1000 Thaler niedriger stellte. In Rücksicht hierauf und in Berücksichtigung, daß der Angeklagte die Geschäfte von seinem Vorgänger — derselbe brachte sich selbst ums Leben — in größter Verwirrung übernommen, und daß die damalige Aufsicht und Verwaltung in vieler Beziehung regellos und unordentlich war, ermäßigte der Gerichtshof die ersterkannte Strafe auf 18 Monate Gefängniß.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* In der k. Hofbuchhandlung von E. S. Mittler und Sohn sind folgende Lehrbücher erschienen:

Militairischer Dienstunterricht für einjährig Freiwillige, Offizier-Aspiranten und Reserve-Offiziere der Feld-Artillerie, herausgegeben mit Unterstützung artilleristischer Mitarbeiter von Hauptmann Dilthey; und

Militärischer Dienstunterricht für die Kavallerie des deutschen Reichsheeres. Zunächst für einjährig Freiwillige, Offizier-Aspiranten und jüngere Offiziere des Beurlaubtenstandes bearbeitet vom Oberst-Lieutenant Poten.

Diese Bücher sind bestimmt, die einjährig Freiwilligen der Feld-Artillerie resp. der Kavallerie in alle Dienstzweige ihrer Waffen einzuführen. Die Bücher schließen sich in Bezug auf Anordnung, Reichhaltigkeit und praktische Brauchbarkeit des Inhaltes dem bereits in acht Auflagen weitverbreiteten „Leitfaden für die einjährig Freiwilligen der Infanterie" vom Hauptmann Dilthey genau an und werden sich durch dieselben Vorzüge eine gleiche Beliebtheit und Unentbehrlichkeit bei den einjährig Freiwilligen der resp. Waffen zu erwerben wissen. Sie sind von erfahrenen Offizieren redigirt, welche mit äußerster Sorgfalt den Stoff ausgewählt und, jeden unnöthigen Ballast vermeidend, alles für den Dienst der Spezialwaffen Wichtige ausführlich dargestellt und außerdem die allgemeinen militärischen Wissenschaften in folgende Abschnitte aufgenommen haben: Heeresverfassung und Organisation, Post- und Telegraphen-Wesen, Sanitäts- und Veterinair-Wesen, Verwaltung des Heeres, Militär-Rechtspflege, Garnison-Wachtdienst, Bewaffnung, Felddienst, schriftlicher Dienstverkehr. Die Bücher werden sich auch zum Gebrauch für den Offizier in den Instruktionsstunden eignen. Ihr Preis (der Leitfaden für die Kavallerie M. 4, der für die Feld-Artillerie M. 7) kann um so mäßiger genannt werden, als diese Bücher die Anschaffung einer größeren Anzahl besonderer Reglements und Instruktionsbücher entbehrlich machen.

* Zu der hoch angesammelten Weihnachtsliteratur gesellt sich auch „Daniels Deutschland für die Jugend." Bearbeitet von Dir. Dr. H. O. Zimmermann. (Leipzig. Fues' Verlag. R. Reisland 1876.) Wir glauben, daß dies Buch der strebsamen, reiferen Jugend eine ebenso belehrende als angenehme Lektüre bieten wird, denn der Verfasser hat es verstanden, aus Daniels beliebten Handbuche der Geographie von Deutschland das Charakteristische und Interessanteste auszuwählen und ein leicht lesbares, anregend geschriebenes Werk daraus zu formen. In den ersten Abschnitten spricht er vom deutschen Lande und deutschen Volke, dann folgen die Alpen, die Alpenflüsse und die Mittelgebirge, der sechste Abschnitt ist besonders anziehend, er behandelt den Rhein mit seinen fünf berühmtesten Städten (Straßburg, Mainz, Frankfurt, Köln, Trier), das Rheinthal und die Industrie der Rheinlande. Die beiden letzten Abschnitte sind dem deutschen Norden (Bergland und Tiefland) gewidmet, wo man unter anderen Städtebildern auch eine Schilderung der deutschen Kaiserstadt Berlin findet.

* Von dem „**A B C für Haus und Welt**" von Gisbert Frhr. Vincke ist die zweite vermehrte Auflage in der Haude- und Spenerschen Buchhandlung (F. Weidling) in Berlin erschienen. Das Büchlein ist ein nach dem Alphabet geordnetes Feuilleton-Lexikon, dessen einzelne Artikelchen „Aus der Mappe eines alten Diplomaten" herrühren sollen. Jedenfalls ist der Verfasser ein alter Praktikus und zugleich ein sehr belesener Herr, der mit Witz und Behagen sein Wissen in hübscher Form glänzen läßt. Der erste Artikel charakterisirt das Werkchen selbst wie folgt: „A — das Zeichen des Heils; wenn die Kriminalrichter altrömischen Rechts abstimmten war seine Bedeutung „Absolution". Im Zeichen des Heils beginnt das A B C-Buch und auf Absolution hats ein Recht, denn es dient der Wahrheit als lustiger Rath, — der neben dem ernsten — auch ein lustiges Wort dareinspricht." Wir würden für „Freisprechung" stimmen, auch wenn wir kein Freiexemplar erhalten hätten.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Statistisches Material zur Beurtheilung der Krise.** Ein reiches statistisches Material, welches die Wirkungen der Krisis auf die Coursentwickelung darlegt und auch nach jeder anderen Richtung hin die große wirthschaftliche Bewegung beleuchtet, ist in dem dieser Tage von Herrn Oechelhäuser über die wirthschaftliche Krise herausgegebenen Buche enthalten. Es sei gestattet, demselben einige interessirende Daten zu entnehmen. Herr Oechelhäuser sagt, daß der Berliner Kourszettel sich von 1871 bis 1874 um nicht weniger als 95 neue Banken und Kredit-Institute mit einem eingezahlten Kapital von ca. 570 Millionen Mark bereichert habe. 37 dieser Banken mit einem Aktien-Kapital von 159 Millionen Mark befinden sich in Liquidation oder im Konkurse. Seit Aufstellung dieser Statistik hat sich die Zahl der letzteren erheblich vermehrt. Es blieben hiernach 58 Banken mit 411 Millionen Mark Kapital übrig, wahrscheinlich abgesehen von den Kapitals-Reduktionen, welche theils durch Zusammenlegung, theils durch den Rückkauf eigener Aktien unter dem Parikourse erfolgt ist. Die vor 1870 bestandenen 48 Banken haben ihr Aktienkapital von 446 auf 807 Mill. Mark erhöht, drei derselben mit 22 Mill. Kapital befinden sich in Liquidation oder Konkurs. Hiernach liegt Folgendes vor: Vor 1870 bestanden 48 Banken mit 446 Mill. M. Kapital. Es sind bis 1874 zugetreten 95 Banken mit 570 Mill. M. Kapital, Kapitals-Erhöhung älterer Banken mit 401 Mill. M. Kapital, zusammen 143 Banken mit 1417 Mill. M. Kapital. Ab in Liquidation oder Konkurs 40 mit 181 Mill. M. Kapital, bleiben 103 mit 1236 Mill. Mark Kapital. Es ist hier immer nur von dem berliner Courszettel und den auf demselben notirten Aktien die Rede. Von Bergwerks- und Hüttengesellschaften bestanden vor 1870 26, im Jahre 1874 58, dieselben haben sich also um 32 vermehrt; das Kapital der älteren Gesellschaften betrug 1874 187, das Gesammt-Kapital 344 Mill. Mark, es hat sich also um 157 Millionen Mark vermehrt, nur vier Gesellschaften mit 23 Millionen Kapital sind in Liquidation und blieben also 54 Gesellschaften mit 321 Millionen Mark Kapital. Von den anderen Industrie-Gesellschaften wurden vor 1870 25 notirt, deren Kapital Ende 1874 98 Millionen Mark betrug und von denen 2 mit 9 Mill. M. sich in Liquidation oder Konkurs befinden. Es sind 225 neue Gesellschaften zugetreten mit 564 Mill. M. Kapital, von denen 30 mit 42 Mill. M. in Konkurs oder Liquidation gekommen sind. Hiernach bleiben insgesammt: 23 ältere Gesellschaften mit Kapital Mill. M. 89, 195 jüngere 522. Bergwerks- und Hütten-Gesellschaften: 26 ältere 187, 28 jüngere 134. Banken: 45 ältere 825, 58 jüngere 511. Diese Statistik enthält sehr lehrreiche Data. Die Summe der Kapitalsreduktion erhöht sich sehr bedeutend durch den Rückkauf und die Zusammenlegung von Aktien; freilich ist die Frage, welchen Werth diese Reduktion hat, mit keiner auch nur annähernden Präzision zu beantworten. Die neuen Industrie-Gesellschaften sind fast ausnahmslos mit einem bedeutend zu großen Aktien- und einem zu kleinen Betriebs-Kapital gegründet worden. Einerseits hatte sich die Basis über jede Berechtigung hinaus erweitert, andererseits aber das eigentlich werbende Kapital vermindert. Ein bedeutender Theil des Aktienkapitals wurde verloren, aber nur des nominellen Kapitals und dieses hatte theilweise überhaupt nur einen eingebildeten Werth. Zu ermitteln, wie groß dieser Theil war, für diese interessanteste Feststellung, fehlt es leider an hinreichendem Material.

** **Chemnitz**, 15. Dezember. Produkten-Börsenbericht von Hermann Jastrow. Wetter: bewölkt. Weizen matter, gelber 204—217 M., weißer 214—227 M. Roggen nur feinste Waare verkäuflich. 171—180 M., Gerste ohne Handel, 177—186 M. Hafer unverändert, 150—155 M. Erbsen, Mahl- und Futterwaare, 150—160 Mark. Alles per 1000 Kilo.

Weizenmehl Nr. 00 32,50 M., Nr. 0 30,50 M., Nr. I. 28,00 M. Roggenmehl Nr. 0 25,00 M., Nr. I. 24,00 M. per 100 Kilo.

Vermischtes.

* **Berlin**, 16. Dezember. Die „Trib." schreibt: Der Direktor des Residenztheaters hierselbst, Herr A. Rosenthal, welcher sich gestern vom Publikum verabschiedet hat, wird demnächst das hiesige Stadttheater übernehmen. Gegen ein Abstandsgeld von 1000 Thalern hat Herr Dr. Hugo Müller seinem Kollegen gestern seine Rechte überlassen. Wie man hört, ist Herr Hugo Müller ohne besonderen Schmerz von der Direktion zurückgetreten.

* **Ein Leibgericht des Kaisers.** Gestern Vormittag (15. d.) besuchte die Kaiserin die Volksküche in der Landsbergerstraße 40 zu Berlin. Wie gewöhnlich nahm sie einige Kostlöffel des Mittagsmahles ein, welches dies Mal aus Reisbrühe und Brühkartoffeln bestand, und bemerkte dabei, daß Beides ein Leibgericht des Kaisers sei.

* **Frau Dr. Strousberg.** Die Notiz, daß der Frau Dr. Strousberg für die Dauer der Abwesenheit des Dr. Strousberg eine Dotation von monatlich 1000 Thlr. seitens der früheren aristokratischen Sozien ihres Gatten ausgesetzt worden sei, wird von einer der Frau Strousberg nahestehenden Seite als thatsächlich unbegründet erklärt.

* **Volkszählungsresultate.** Graudenz, 14,748 Bewohner. (Im Jahre 1871 zählte man 14,037, im Jahre 1867 13,492 Seelen.) Kiel 39189. Hamburg, 385,859 (46,885 mehr als 1871). Lübeck, 44,500. Stolp, 18,300. Glogau, 19,497 Einwohner. (Zunahme 232 Personen.) Ratibor, 17,374 Einwohner. (Zunahme etwa 1100 Personen.) Elberfeld, 80,804. Dortmund, 57,637. Dresden, 196,378. Leipzig, 126,412. Chemnitz, 78,058. Heidelberg, 22,207. Freiburg, i. B., 31,198. Frankfurt a. M., 103,231. Regensburg, 31,525. Stuttgart, 98,514.

* **Graudenz**, 13. Dezember. [Kirstein nicht todt.] Die „Elb. Ztg." bringt von hier folgende Nachricht, welche sie vertreten mag: Eine höchst interessante Nachricht lief hier ein. Bekanntlich wurde im Oktober c. von verschiedenen Zeitungen mitgetheilt, daß der ehemalige Direktor der Kreditbank in Culm, Kirstein, dessen Durchbrennen die Gemüther verschiedener Personen eine geraume Zeit hindurch in Aufregung versetzte, in höchst ärmlichen Verhältnissen bedenklich erkrankt in einem Hospitale Newyorks seinem Ende entgegensehe und nur noch seine Frau zu sprechen wünsche. In Folge dessen reiste letzte nach Amerika und brachte die Nachricht mit, ihr Mann sei dort gestorben und als Stadtarmer begraben worden. Diese Todesanzeige, sowie die ganze Einleitung hat sich nun als vollständig fingirt erwiesen. Herr Kirstein will erst die mitgenommenen Gelder verwerthen und hat in Newyork unter einem anderen Namen ein recht rentables Geschäft eröffnet.

* **Viel Aufsehen** hat seiner Zeit der Fall erregt, daß ein Loos der Braunschweigischen Prämien-Anleihe, auf welches der Hauptgewinn von 80,000 Thaler gefallen war, von der Wiener Filiale der Bank für Handel und Industrie zu Darmstadt, welche unter der Firma Dutschka u. Co. besteht, lombardirt worden war, während sich bei der Präsentation des Looses in Braunschweig das Stück als gefälscht herausstellte. Es entstand nunmehr ein Prozeß, wer den Schaden zu tragen habe, indem die Wiener Handelsbank, von welcher die Firma Dutschka u. Co. das Loos übernommen hatte, die Rückerstattung des aus dem Lombardgeschäft gezahlten Geldes verweigerte. Dieser Prozeß ist nunmehr gestern in dritter und letzter Instanz entschieden worden, und zwar zu Gunsten des Vertreters der Darmstädter Bank, der somit nunmehr das verauslagte Geld zurückerstattet wird.

* **Der Sultan.** Der „Economiste Français" setzt seine Schilderung der Gewohnheiten und Ausgaben des Sultans fort. Beinahe täglich stattet er, wie das Blatt erzählt, seiner Sammlung wilder Thiere und Vögel Besuche ab. Einige davon macht er zu seinen Günstlingen, während er gegen die anderen eine Abneigung faßt wegen des Tones ihrer Stimme oder um anderer Ursachen willen, und diese werden aus den kaiserl. Gärten nach den äußersten Enden des Serails verbannt. Kriegsschiffe werden nach allen Theilen der Welt ausgesendet, um Zuwachs für seine Sammlung zu erwerben, und der Gouverneur jeder Provinz bestrebt sich, ihm eine angenehme Ueberraschung durch kostbare Geschenke zu bereiten: arab. Pferde, Teppiche, Früchte etc. Gleicherweise senden auch reiche Mohamedaner, wenn sie irgend eine schöne Sklavin kaufen, dieselbe der Sultanin Valide, welche sie niemals zurückweist. Die Geschenke kommen natürlich nicht aus den eigenen Taschen der hohen Würdenträger, sondern dienen vielmehr dazu, ihren eigenen Nutzen zu vermehren; denn für ein Pferd, daß sie dem Sultan senden, nehmen sie den Steuerträgern zehn ab. In den letzten Jahren haben Gemälde und Vasen aus China und Japan diese Gaben begleitet, da der Sultan plötzlich eine Leidenschaft für diese gefaßt hat; wie er denn auch schon im laufenden Jahre 60,000 Pfd. St. für Bilder ausgegeben hat. Seit seiner Thronbesteigung haben die Palast-Ausgaben in keinem Jahre weniger als zwei Mill. Pfd. Sterl. betragen. Die Zahl seiner Diener beläuft sich auf 5500 — in den Küchen allein sind 500 in Verwendung, in den Ställen 400, in der Menagerie 200; während als Bootsführer 400, als Musiker 400, als Thürhüter der 21 Paläste und Kioske 300 und als Träger 100 angestellt sind. Der Harem zählt 1200 Bewohner. Der Sultan hat 25 Adjutanten, 7 Kammerherren, 6 Sekretäre und mindestens 150 „Beamte" mit verschiedenen Funktionen. Da sind ferner 50 Aerzte, 150 schwarze Eunuchen und 100 Haremboten. Viele von diesen Dienern sind verheirathet und ernähren ihre Familien mit den Fleischresten aus der Großherrlichen Küche, während sie unter sich wieder Diener haben, so daß 7000 Personen im Palaste gespeist werden zu einem durchschnittlichen Kostenpreise von 5 Frcs. per Tag, also mehr als 500,000 St. im Jahre. Die Pferde, 600 an der Zahl, werden zumeist vom Khedive als Geschenke dargebracht, der auch jährlich kostbare Geschmeide, Bilder und Vögel sendet. Die Ställe kosten wenigstens 40,000 Pfd. Sterl. jährlich und der Harem 16,000 Pfd. Sterl., während die Pensionen der kaiserl. Familie 1,821,600 und Ausbesserungen an Palästen und Kiosks 80,000 Pfd. Sterl. kosten, gar nicht zu gedenken der Leidenschaft des Sultans fürs Bauen, die seit seiner Thronbesteigung mindestens 560,000 Pfd. Sterl. verschlungen haben muß. Da seine nominelle Zivilliste nur 1,240,000 Pfd. Sterl. beträgt, so muß der Rest der 2 Mill. Pfd. Sterl. im Budget unter anderen Titeln figuriren.

Briefkasten.

B. in P. Wie Sie sehen, sind wir Ihren Wünschen bereitwilligst entgegengekommen. Der Börsen-Courszettel ist nicht nur neu gesetzt, sondern auch sehr bedeutend erweitert worden. Auch die darin von Ihnen vermißten Effekten sind jetzt aufgenommen.

H. in R. Wir müssen jetzt Stoff bei Seite legen resp. wegwerfen, dessen Weglassung uns Schaden bringt, wie sollten wir also Artikel aufnehmen, die purer Luxus sind und neun Zehntel unserer Leser nur Langeweile bereiten!

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 16. Dezember. Der Reichstag genehmigte den Reichsheersetat fast durchweg nach den Kommissionsanträgen. Die von der Kommission gestrichenen Positionen für einen Landwehrbrigadekommandeur und zwei Landwehrregiments-Kommandeure sowie für 48 aktive Stabsoffiziere als Landwehrbataillons-Kommandeure, von dem Kriegsminister v. Kamecke und General Voigts-Rheetz wiederholt befürwortet, wurden nicht bewilligt. — Der Kaiser Wilhelm machte heute wieder die erste Ausfahrt.

Bremen, 16. Dez. Nach der „Weser-Ztg." machte Thomas über allenfallsige Mitschuldige keinerlei Aussagen; der Zustand desselben soll jetzt hoffnungslos sein.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die den Lehrern **Leo Mau**, Breslauerstr. 33 und **Paul Krzeszkiewicz**, St. Martin 16,
ertheilte Konzession als Fleischbeschauer erloschen ist.

Posen, 14. Dezember 1875.

Der Polizei-Präsident
Staudy.

Bekanntmachung.

Die in unser Gesellschaftsregister unter Nr. 9 eingetragene Handelsgesellschaft

Gebrüder Bergas

in Kosten ist aufgelöst.

Kosten, den 11. Dezember 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

2. Bekanntmachung.

Die Subhastation des Kasprzyk'schen Grundstücks Nr. 28 zu Zakrzewo Hauland ist aufgehoben.

Posen, den 7. Dezember 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

Der Subhastationsrichter.
Keyl.

Die Firma **Moritz D. Bernhardt jun.** in Lissa ist in unserem Firmenregister unter Nr 64 gelöscht, dagegen wieder unter Nummer 135, als Inhaberin derselben die **Wittfrau Johanna Bernhardt** geb. **Holstein** zu Lissa und als **Prokurist** der letzteren in unserem Prokurenregister unter Nummer 14 der Kaufmann **Ferdinand Bernhardt** zu Lissa eingetragen worden.

Lissa, den 10. Dezember 1875.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

Die nachstehend aufgeführten Auseinandersetzungen:

A. im Regierungsbezirk Posen:

1) im Kreise **Schroda:**
Ablösung der auf den bäuerlichen Grundstücken zu Kocanowo für die Pfarre zu Pudewitz haftenden Messalien;

2) im Kreise **Posen:**
a. Ablösung der auf den bäuerlichen Grundstücken zu Jasin für die evangelische Pfarre zu Schwersenz und das Domkapitel zu Posen haftenden Reallasten,
b. Ablösung der von den Besitzern der 11. Kmieć-Stellen der Dorfgemeinde Modrze an die katholische Kirche und Pfarre zu entrichtenden Reallasten;

3) im Kreise **Kröben:**
Ablösung der von den Grundbesitzern zu Punitz an die katholische Pfarre zu entrichtenden Reallasten;

4) im Kreise **Schrimm:**
a. Ablösung der auf den bäuerlichen Grundstücken zu Charlub für die katholische Pfarre zu Emchen haftenden Reallasten,
b. Ablösung der auf den bäuerlichen Grundstücken zu Ługi für die katholische Pfarre zu Emchen haftenden Reallasten,
c. Ablösung der auf dem Vorwerke und den bäuerlichen Grundstücken zu Kunowo für die katholische Kirche daselbst haftenden Reallasten,
d. Ablösung der auf den bäuerlichen Grundstücken zu Niwka für die katholische Probstei zu Moschin haftenden Messalien;

5) im Kreise **Birnbaum:**
Separation der Feldmark Blesen;

6) im Kreise **Krotoschin:**
die combinirte Weideablösung von Wziąchow und Pogorzela;

B. im Regierungsbezirk Bromberg:

1) im Kreise **Czarnikau:**
Ablösung der auf den Grundstücken zu Neiteich für die katholische Pfarre zu Schneidemühlchen haftenden Reallasten;

2) im Kreise **Wongrowitz:**
Ablösung des auf den Grundstücken zu Toniszewo für die Pfarrkirche in Żon haftenden Meßgetreides,

werden hiermit zur Ermittelung unbekannter Interessenten und Feststellung der Legitimation öffentlich bekannt gemacht und alle diejenigen, welche hiebei ein Interesse zu haben vermeinen, aufgefordert, sich spätestens bis zu dem

auf den 8. Januar 1876,

Vormittags 11 Uhr, im Sessionszimmer,

vor dem Herrn Regierungs- und Landes-Oekonomie-Rath Alter in unserem Geschäftslokale anstehenden Termine zu melden und ihre Erklärungen darüber abzugeben, ob sie bei Vorlegung des Auseinandersetzungsplans resp. des Rezesses zugegen sein wollen, widrigenfalls sie die betreffende Auseinandersetzung selbst im Falle einer Verletzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Gleichzeitig wird

1) die Brennholzablösung von Altstadt Schubin, Kreises Schubin, wegen
a. des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 123 zustehenden Abfindungs-Kapitals von 900 Mark bezüglich des Rubr. III. Nr. 1 für die 5 Geschwister Paszkit, nämlich: Catharina geborne Lisiecka, Michael, Johann, Jacob und Marianna, eingetragenen Erbtheils mit je 3 Thlr. 15 Sgr. 4 Pf.,
b. des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 160 zustehenden Abfindungs-Kapitals von 3300 Mark bezüglich der Rubr. III. Nr. 1 für Anna verehelichten Lucht gebornen Behnke eingetragenen Forderung von 298 Thlr. 22 Sgr. 5⅓ Pf.,
c. des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 171 zustehenden Abfindungs-Kapitals von 1650 Mark bezüglich der Rubr. III. Nr. 2a. für die verehelichte Franciska Ciesielska geborne Palicka eingetragenen Forderung von 60 Thlr.,
d. des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 59 zustehenden Abfindungs-Kapitals von 990 Mark bezüglich der Rubr. III. Nr. 1 für den Schönfärber Gottfried Gatzer eingetragenen Forderung von 162 Thlr. 15 Sgr. und der Forderungen: Nr. 2 für Rosalie Wodka von 40 Thlr., Nr. 4 für den Leibgedinger Michael Draheim von 100 Thlr. nebst 5 pCt. Zinsen und der dafür von dem Grundstück Nr. 18 erworbenen Weideabfindung,
e. des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 56 zustehenden Abfindungs-Kapitals von 810 Mark bezüglich des Rubr. III, Nr. 1 für die Wittwe Lewandowska eingetragenen Kaufgeldes von 33 Thlr. 10 Sgr. und Nr. 5 für die Geschwister Johanna und Stanislaus Radtke eingetragenen väterlichen Erbtheils von zusammen 27 Thlr. 4 Sgr. 2 Pf.;

2) die Holzablösungssache von Filehne, Kreises Czarnikau, wegen des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 27 zustehenden Abfindurgskapitals von 257 Thlr. 25 Sgr. berüglich der Rubr. III. eingetragenen Forderungen und zwar:
Nr. 4 Ia. für die unverehelichte Emma Auguste Hinz resp deren Erben von 57 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf. und Nr. 4 IIa. bis 4 IId. für Samuel Hinz von 65 Thlr. 4 Sgr. 8 Pf., Hugo Hinz von 21 Thlr. 21 Sgr 6⅔ Pf., Herrmann Hinz von 21 Thlr. 21 Sgr. 6⅔ Pf. und für Emma Hinz von 21 Thlr. 21 Sgr. 6⅔ Pf.,

3) die Holzablösungssache von Łysinin, Kreises Schubin, wegen des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 2 zustehenden Abfindungskapitals von 460 Mark 20 Pf. bezüglich der Rubr. III. Nr. 1 für Valentin Jurkiewicz eingetragenen Forderung von 158 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf.,

4) die Bau- und Brennholzablösungssache von Adelnau, Kreises Adelnau, wegen des dem Besitzer des Grundstücks Nr. 11 zustehenden Abfindungskapitals von 557 Thlr. bezüglich der Rubr. III. Nr 2 eingetragenen Forderung der Barbara Czyszkowska, geborenen Glabisch, im Betrage von 167 Thlr. 10 Sgr. 8⅙ Pf.

bekannt gemacht und es werden die genannten Personen und deren Rechtsnachfolger hiermit aufgefordert, sich mit ihren etwaigen Ansprüchen spätestens bis zu dem obigen Termine zu melden, widrigenfalls sie gemäß §§ 460 ff. Titel 20 Theil I. A. L. R. ihres Pfandrechts an die festgestellten Abfindungskapitalien verlustig gehen.

Stargard, den 12. November 1875.

Königliche General-Kommission
für die Provinzen Pommern und Posen.

Handels-Register.

Die in unserem Gesellschaftsregister unter Nr. 219 eingetrageue hiesige offene Handels-Gesellschaft **Rakowski & Szymanowski** ist aufgelöst und die Firma erloschen.

Posen, 11. Dezember 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Arzt-Gesuch.

Ein thätiger praktischer Arzt findet ausgezeichnete Praxis in der Stadt **Schwarzenau**, Reg.-Bez. Bromberg. Verständniß der poln. Sprache erwünscht. Nähere Auskunft ertheilt gern der Magistrat daselbst.

Meine nach neuem Stil eingerichtete

Bäckerei

ist vom 1. Mai 1876 auf mehrer Jahre zu vermiethen.

A. Jakubowski
in Gnesen, Brombergerstr.

300 Thaler

werden gegen Sicherstellung auf einem Grundstück auch gegen gute Zinsen als Dahrlehn gesucht.

Offerten bitte unter **G. Z.** 50 postlagernd Rogasen.

Geschlechts-krankheiten,

Hautkr., Syphilis, selbst die hoffnungslosesten und verzweifeltsten Fälle, heile ich brieflich nach der neuesten Heilmethode ohne jede Berufstörung. Desgl. Onanie und deren Folgen: Schwächezustände, Pollutionen und alle Unterleibsleiden.

Dr. Harmuth,
Berlin, Prinzenstrasse 62.

Eine wohleingeführte inländische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft sucht einen kautionsfähigen

General-Agenten

für die Provinz Posen.

Entsprechende Offerten nimmt die Exped. d. Blattes entgegen unter **A. G. 200.**

Eine junge Dame oder Schülerin findet freundliche Aufnahme bei
E. Lehmann, Sapiehaplatz 2.

Auktion.

Im Auftrage werde

Dienstag d. 28. d. Mts.
Mittags 12 Uhr,

auf unterzeichnetem Dominium:
8 fette 3jährige Ochsen,
7 tragende sowie neumilchnede Kühe,
100 fette Hammel,
auch übercomplettes todtes Inventarium meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Dobieżyn b. Buk, 16. Dezbr. 1875.

Die Gutsverwaltung.

Schönes **Rohr**, diesjähriger Winterernte verkauft **Dom. Boszkowo** p. Priment, Bahnhof Alt-Boyen.

Hopfen! Hopfen!

Bei dem Gutsbesitzer **G. Leu** zu Abbau-Schönlanke liegen 30 Ctr. diesjähriger **Hopfen**, Prima-Waare, zum Verkauf

Dom. **Rogalin** bei Moschin hat **Masthammel** u. **Mastochsen** zum Verkauf.

Auf Wunsch der

Gebr. Schneider,

Maschinenfabrik und Eisengießerei in Birnbaum, bin ich gern bereit, hiermit öffentlich zu bestätigen, daß die mir im vorigen Jahre von der genannten Fabrik gebaute Dampfmaschine zum Brennerei-Betriebe, sowie die ganze Anlage meine vollkommene Zufriedenheit hat, und kann ich daher diese Fabrik zu derartigen Anlagen nur empfehlen.

C. Mengel.

Turowo b. Pinne, 13. Dezmbr. 1875.

Massiv goldene Siegelringe

für Damen v. 4,50 bis 6 M., für Herren 7,50–10 M. Ringe mit künstlichem Brillant, von seltener Schönheit, v. 6–15 M. Schmuck v. künstlichen Brillanten in echter Fassung, als. Ohrringe von 5–10 M., Kreuze 10–20 M. 2c. empfiehlt unter Garantie **L. Schröter, Goldarbeiter, Dresden**, Mathildenstr. 19. Zusendung franco gegen Nachnahme.

Deutsche Grundcredit-Bank.

Die am 2. Januar 1876 fälligen Zins-Coupons unserer unkündbaren Pfandbriefe, nämlich:

die Coupons Nr. 13 der 5prozentigen Prämien-Pfandbriefe Abtheilung I.
" " " 10 " " Prämien-Pfandbriefe Abtheilung II.
" " " 7 " 5procentigen Pfandbriefe Abtheilung III u. IIIa.
" " " 6 " $4^1/_2$ proc. Pfandbriefe Abth. IV.

werden von genanntem Tage ab

in **Berlin** bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,**
" **Breslau** " dem **Schlesischen Bankverein,**
" - " Herren **Ruffer & Co.,**
" - " Herrn **Moritz Schlesinger,** Tauentzienplatz 12,
" **Bonn** " Herrn **Jonas Cahn,**
" **Coburg** " Herren **Schraidt & Hoffmann,**
" **Cöln** " Herren **Deichmann & Co.,**
" **Dessau** " Herrn **J. H. Cohn,**
" **Dresden** " Herren **George Meusel & Co.,**
" **Erfurt** " Herrn **Adolph Stürcke,**
" **Frankfurt a. M.** " der **Deutschen Vereinsbank,**
" **Hamburg** " der **Norddeutschen Bank,**
" **Hannover** " der **Vereinsbank Hannover,**
" **Königsberg i. Pr.** " Herren **J. Simon Wwe. & Söhne,**
" **Leipzig** " der **Leipziger Bank,**
" - " Herren **Hammer & Schmidt,**
" **Magdeburg** " Herren **Dingel & Co.,**
" **Stettin** " Herrn **S. Abel jun.,**
" **Gotha** " unserer Hauptkasse

kostenfrei eingelöst.

Bei Herrn Jos. Jaques in Berlin und der Ostdeutschen Bank in Posen wird, da beide Firmen sich in Liquidation befinden, die Einlösung unserer Zinscoupons jetzt und fernerhin nicht mehr erfolgen.

Gotha, den 13. December 1875.

Deutsche Grundcredit-Bank.

v. Holtzendorff. *Landsky.* *R. Frieboes.*

Hiermit zeige ergebenst an, daß ich mit dem heutigen Tage mein hier am Platze seit 40 Jahren betriebenes

Coiffeur- und Galanteriegeschäft

mit Activa und Passiva an Herrn

Louis Gehlen

verkauft habe.

Ich danke für das mir so reichlich geschenkte Vertrauen und bitte dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Hochachtungsvoll
J. Caspari,

Posen, den 15. December 1875.

Goldene Medaille. Goldene Medaille.

H. Foerster,
Mechaniker und Optiker.
Posen,
Große Ritterstraße 67.

empfiehlt sein reichhaltiges Lager von optischen,*) mathematischen, physikalischen und meteorologischen Instrumenten und Apparaten als:

Brillen, Pinçenez, Lorgnetten, Lesegläser, Lupen, Mikroskope, Feldstecher, Fernröhre, Operngucker, Laterna magicas, Wunder-Cameras, Stereoskope mit Bildern, Reißzeuge für Schüler und Architekten, Libellen, Nivellir- und Winkel-Instrumente, galvanische Elemente, Inductions- und Rotations-Apparate, Electrisir-Maschinen, Telegraphen-Apparate, Haus-Telegraphen, elektrische Motoren, Dampfmaschinen, Lokomotiven und Lokomobilen en miniatur, Thermometer, Quecksilber- und Aneroid-Barometer 2c. 2c.

für Kinder und Erwachsene

zu nützlichen Weihnachts-Geschenken.

Preise billig und fest.

*) In der vorigen Annnce hieß es statt „optischen" irrthümlich „englischen".

Schöne und billige Weihnachtsartikel für Jugend.

1) **Zauberscheiben,** welche auf Draht gesteckt und gegen den Spiegel gehalten und gedreht, lassen die darauf befindlichen Figuren sich bewegen, z. B. ein Schuhmacher, fleißig arbeitend u. s. w. In eleg. Carton. Preis **5 Sgr.** 2) **Chinesisches Schatten-Theater** mit Proscenium, Coulissen, sowie mit einfachen und beweglichen Figuren, **7½ Sgr.** Es sind dies sogenannte Selbstbeschäftigungs-Spiele für Kinder nach Froebels Methode, also die Kinder müssen dieselben erst auf Pappe kleben und schneiden. Selbstverständig ist dazu eine genaue gedruckte Anleitung. 3) **Reisen und Erlebnisse des Schneiders Kakadu** mit 8 schönen Bildern. Kleine Kinder können aus diesem Buche einige geographische Kenntnisse erlernen. **20 Sgr.** 4) **Der Schiffsjunge.** Eine Erzählung für die Jugend mit 3 Bildern; gebunden **12 Sgr.** 5) **Die Seeräuber-Insel.** Eine Erzählung für die Jugend **8 Sgr.** Wer alle diese Artikel auf einmal kauft, zahlt statt 1 Thlr 22⅓ Sgr nur **1 Thlr. 10 Sgr.** oder 4 Mark, für 1 Thlr. 12½ Sgr. werden franco zugesandt.

J. Chociszewski, Buchhändler,
Posen, Ecke der Büttel- und Schlosserstraße 6.

Billig!
Billig! Billig!

Praktische und nützliche
Weihnachtsgeschenke
für Herren, Damen und Kinder bei
Wilh. Neuländer,
Markt 60 Ecke Breslauerstr.

Ausverkauf!

„Modes Parisiennes"
Gr. Ritterstr. Nr. 9 parterre.

Echte pariser Modell-Hüte unter Einkaufspreisen, Hüte eigener Fabrik von 3–11 Thlr. Möbel und eine Nähmaschine zu verkaufen.

Parterre-Wohnung, 4 Stuben nebst Küche u. Zubehör, von Neujahr zu verm.

Damentuchkleider.

Regenmäntelstoff (Velour u. Köper) in den schönsten modernen Farben, versende zu Fabrikpreisen, die Robe von 7 Thlr. an. Muster franco.

R. Rawetzky, Sommerfeld i. L.

Tuch

zu Damenkleidern in feiner Qualität und reichhaltiger Farben-Auswahl, versende billigst.

Proben kostenfrei.

Hermann Bewier
in **Sommerfeld.**

Bestellungen

auf Torten, Strietzel, **Mohnstrietzel** nimmt an u. bittet um rechtzeitige Anmeldung

Die Conditorei
A. Pfitzner,
am Markte 6.

Wachsstock,
Baumlichte,
Parfümeriekasten,
Attrappen
in größter Auswahl empfiehlt
Gustav Ephraim
vorm. **Gebr. Weitz,**
Schloßstraße 4.

Brot! Brot!

Mehl und Futterstoffe

aus der Dampfmühle und Brotfabrik Graben 2,
zu billigsten Preisen in der **Niederlage** bei **Gutkind**, Magazinstr. 14.

Pflaumenmus,
feinster Qualität, empfiehlt
Gustav Wolff,
Breitestraße 12.

Randmarzipan

mit vorzüglicher Füllung, in Sätzen zu 2, 3, 4, 6 Mark, zum Versenden wohl geeignet, empfiehlt die Conditorei

A. Pfitzner,
am Markt 6.

Pulsnitzer, sowie Thorner
Pfefferkuchen
empfiehlt **F. Sterba**, gegenüber der Conditorei des Herrn Pfitzner.

Frische Hechte, Zander, Barsche und Bleie
empfiehlt
S. Samter jun.,
Wilhelmsplatz 17.

Es ist **Milch** von 80 Kühen gegen Kaution zu verpachten. Näheres zu erfahren franco postlagernd **Jaraczewo.**

Man biete dem Glücke die Hand!

Zur 153. Königl. Preuß. Staats-Lotterie, Hauptgewinne: 450,000, 300,000, 150,000, 120,000, 90,000 2c. Rm., Zieh. d. 1. Kl. am 5. u. 6. Januar 1876, verkauft und versendet gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrages **Antheil-Loose:** $1/1$ a 40, ½ a 20, ¼ a 10, ⅛ a 5, $1/16$ à 2½, $1/32$ a 1¼ Rm. Das vom Glück am meisten begünstigte Lotterie-Comtoir v.

Aug. Froese,
Langfuhr bei Danzig.

(D. 8875)

Friedrichsstrasse 25.

Friedrichsstrasse 25. — Friedrichsstrasse 25.

Haupt-Niederlage
der
Cigarren- und Tabak-Fabrik
von
J. Neumann, Berlin.

Haupt-Depot der Cigaretten-Fabrik von **Jean Vouris** Dresden.

54 Filiale 54.
bei
Bernhard Mendelssohn, Posen,
Friedrichsstr. Nr. 25,
vis-à-vis dem Telegraphen-Bureau,

Lager von **La Ferme, Sulima** und russischen Cigaretten.

empfiehlt zum bevorstehenden Feste als

Weihnachtsgeschenke:

Hochfeine **Präsent-Cigarren** in Kistchen a 12, 25 und 50 Stück, ebenso die so allgemein beliebten Marken von 8—80 Thlr pro Mille in vorzüglicher Qualität.
Echte **Importen, 1875**er Ernte, von 50 bis 150 Thlr. pro Mille 1/10 u. 1/20 Packung.
Echte **Manillas** (Cortado und Havannas), **schweizer** und **ungarische** Cigarren.
Havanna-Ausschuß pro Mille 15, 16⅔, 20, 25 und 26⅔ Thlr., sowie
Echte **Wiener Meerschaumpfeifen** und **Spitzen** aus der bestrenommirten Fabrik.

Friedrichsstrasse 25.

Weihnachts-Markt-Anzeige.

F. A. ANDRAE
aus
Landsberg.

Zu dem herannahenden Weihnachtsfeste verfehlt obige Firma nicht, sich dem hiesigen wie auswärtigen Publikum ergebenst zu empfehlen.

Zu bedeutenden Vorräthen sind in ausgezeichneter Güte, Größe und Geschmack folgende Fabrikate vorgearbeitet:

Thorner, gefüllte Braunschweiger, Baseler Pfefferkuchen, Macaronen, Chocoladen, französische, Nürnberger Leb- und Oblaten-Kuchen, Steinpflaster mit und ohne Mandeln, feine Nüsse aller Art, Bonbons und Confituren, Chocoladen und Chocoladenpulver.

Reizende Baumsachen zum Decoriren der Christbäume zu den billigsten Preisen von 1 Pf. ab.

Unser Lager ist vollständig assortirt und sämmtliche Fabrikate sind höchst preiswürdig und billig berechnet; auch gewährt die Fabrik auf Pfefferkuchen pro Thaler **5 Sgr.** Rabatt.

Die Verkaufs-Halle befindet sich auf dem Weihnachtsmarkte und ist dieselbe mit der Firma versehen.

Hochachtungsvoll
F. A. Andrae aus Landsberg,
eigener Fabrikant.

Es wird gesucht ein **Gasthaus** zu pachten im Dorfe, gleich oder zum 1. April. Zu erfragen in der Expedition der Posener Zeitung.

Schillers Werke
in den verschiedensten Ausgaben, in einfachen und eleganten Einbänden zum Preise
5 M. bis 27 Mark,
vorräthig bei
Louis Türk,
Wilhelmspl. 4.

T. v. Gumpert, Töchter-Album, 21. Bd., eleg. geb. Preis Mark 7 50 Pf. Frühere Jahrgänge in neuen Exemplaren zu herabgeſ. Preisen.
T. v. Gumpert, Herzblättchens Zeitvertreib. 20. Bd., eleg. geb. Preis Mark 6. Frühere Jahrgänge zu herabgeſ. Preisen.
Ernst Rehfeld's Buchhandlg.,
Wilhelmspl. 1.

Die
Zauber-Apparate
sind endlich angekommen bei
Wilh. Neuländer,
Markt 60. Ecke Breslauerstraße.

In unserem Verlage erschien:

Der Nebelbilder-Apparat,
seine Handhabung und die Anfertigung transparenter
Glasbilder
von **W. Bahr.**
Mit 2 Tafeln Abbildungen.
Elegant geh. Preis 1 M. 60 Pf
Billigste Bezugsquelle für diese Apparate und Bilder. — Preiscourant gratis u. franco.
Leipzig. **C. A. Koch's Verlagshandlung.**

Eine gut mus. kath. **Erzieherin** wird f. e. adl. Haus Schlesiens zu Neujahr gesucht durch d. Bureau f. d. Lehrfach, **Breslau,** Klosterstr. 1c.
[H. 23672]

Unser **Möbel-Magazin** haben wir zum bevorstehenden Feste mit den mannigfaltigsten, zu **Geschenken geeigneten Artikeln** versehen.
M. Czarliński & Co., Hôtel de Vienne.

PUPPEN!
Puppen! Puppen!
empfiehlt
in den eleganteſten Costumes zu den billigsten Preisen
S. Schott, Wasserstraße 1.

Nähmaschinen.
Wegen Aufgabe der Fabrik
werden verkauft unter zweijähriger Garantie
Prima Wheeler-Wilson-Maschinen p. 25 Thlr, sonst 36 Thlr.
Prima Deutsche Singer-Maschinen p. 30 Thlr., sonst 40 Thlr.
Perfectionirtes Singer-System p. 22 Thlr., sonst 40 Thlr.
R. Giese,
Posen, Wasserstraße Nr. 14, 1 Treppe.

Krampfleidende.
Epilepsie, Fallsucht.
Neueste erfundene Heilmethode
durch das
Auxilium Orien is
von
Sylvius Boas,
Spezialist für Krampf- und Nervenleidende.
Sprechstunden von 8—10 und 2—4.
Berlin SW., Friedrichsstr. 22,
Auch brieflich.

Ein grösseres Quantum kieferner kerngesunder Geleisschwellen, 2,3 Meter lang, 0,15 Meter stark, 0,20 Meter Auflagefläche, werden für nächstes Jahr lieferbar zu kaufen gesucht. Offerten mit billigster Preisangabe, franco nächster Bahnstation, sind unter „Eisenbahnschwellen 608" an Haasenstein & Vogler in Breslau einzusenden.
(Hc. 34455 b.)

---

1 Biberpelz, Bettfedern, 3 runde Mahag.-Stühle sind zu verk. Schießstr. 6, 3 Treppen rechts.

Cölner Dombauloose
empfiehlt a 4 Mark **R. Blumenthal,** Berlin, Kaiserstr. 3.

Ein möbl. Zim. m. Entrée, 2 Zim. Entresol u. ein Pferdest m. Remise s. v. 1. Jan. ab, Berlinerstr. 12 jetzt 2 z. verm.

Für die Mitglieder des Beamten-Spar- und Hilfs-Vereins.

Bei dem bevorstehenden Feste erlaube mir, die s. Z. von mir dem qu. Vereine gemachten Offerten in

Familien-Nähmaschinen des Systems Singer oder Wheeler & Wilson

zu ermäßigten Preisen ergebenst wieder in Erinnerung zu bringen. Ich gewähre **dreijährige Garantie, Gratis-Erlernung** und bin zu jeder sonstiger Auskunft gern bereit.

Anträge bitte, wie bekannt, an den Vorstand des Vereins richten zu wollen.

[W. 276.] **Emil Mattheus,** Gr. Gerberstr. 23.

Den Königl. Gerichtsbehörden

zeigen wir hierdurch ergebenst an, daß die in den Nummern 45 und 46 des Justiz-Ministerialblatts vorgeschriebenen

neuen Vormundschafts-Formulare

aus unserer Offizin bezogen werden können und empfehlen wir dieselben zur gef. Abnahme.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Chocoladen
der Kaiserl. Königl.
Hof-Chokoladen-Fabrik
Gebr. Stollwerck in Cöln
wegen vorzügl. Qualität allgemein bevorzugt, befinden sich auf Lager in Posen b. A. Kunkel jun., L. Kletschoff jun., T. Wężyk, Conditor, St. Martin, Gebrüder Kreyn, und S. Samter jun., in Ostrowo bei J. Boemer, in Samter bei J. Kober.

Closets
in den verschiedensten Arten empfiehlt
H. Klug,
Breslauerstraße 38.

Ein gut möbl. **Zimmer** mit bes. Eing. im II. Stock ist im oberen Stadttheil zum 1. Januar 1876 zu verm. Näheres in der Expedition der Posener Zeitung.

Ein gut möblirtes Zimmer nebst Schlafkabinet und Entrée nach vorn heraus ist zu vermiethen **Halbdorfstraße 16** in der 2. Etage.

Eine Wohn. von 4—5 Stuben und Nebengelaß wird in d. Altstadt zu miethen gesucht. Adressen abzugeben bei **J. M. Friedlaender,** Markt 54.

Ein gut empfohlener
Gärtner
findet zum 1. Januar auf der Domaine **Grabitz** bei Zirke gute dauernde Stellung.

Annonce.
Für mein Rittergut Schierzig suche ich einen, womöglich unverheiratheten,
evangelischen Gä tn r,
der den Gemüse- und Hopfenbau gründlich versteht. Nur mit guten Zeugnissen versehene Gärtner können dieselben einsenden an die Königliche Domaine Altkloster. Dienst-Antritt den 1. Januar 1876.
Doherr,
Königl. Dom.-Pächter.

Ein junger Mann, Sohn anständiger Eltern, kann sofort als
Lehrling
eintreten.
J. Neumann,
Cigarren Niederlage,
Friedrichsstr. 25.

---

2 Lehrlinge
werden gesucht und können sofort oder zu Neujahr eingestellt werden.
A. Boewig,
Kupferschmiedemeister,
Schuhmacherstr. 8.

Einen **Arbeitsburschen** sucht
G. Neidlinger,
Wilhelmsstr. 25.

Ein Lehrling
findet günstige Stellung bei
Michaelis & Kantorowicz.

Ein möblirtes Zimmer mit besonderem Eingang für 2 Herren gesucht. Offerten an die Exp. d. Zeitung.

Ein **Wirthschafts-Beamter** oder ein **Voigt** wird verlangt C. E. postlagernd **Posen.**

Ein **Haushälter** wird verlangt. Berlinerstraße 25.

Ein erfahrener
Landwirth,
20 Jahre beim Fach, unverheirathet, in Mecklenburg und mehreren Provinzen amtirt; bis Neujahr 1876 noch in Stellung als selbstständiger Verwalter eines Vorwerks, sucht zum 1. Januar ähnliche Stellung. Auf Wunsch kann Antritt auch sofort erfolgen. Näh. sub **R. A.** postlagernd Buk.

Ein erfahrener
Wirthschafts-Inspektor,
unverheirathet, sucht zur selbstständigen Bewirthschaftung eines Gutes resp. Vorwerks z. 1. Januar Stellung. Anfragen ersuche P. S. postlagernd **Margonin** zu senden.

Als Wirthschafterin oder zur Stütze der Hausfrau sucht ein junges **Mädchen,** welches die Wirthschaft auf dem Lande praktisch gelernt hat, zum 1. Januar 1876, am liebsten auf dem Lande Stellung. Offerten werden entgegengenommen Breslauerstr. 32, I. Etage.
[W. 277]

Wegen Todesfall des Besitzers wünsche ich meine Stellung, als **Ober-Gärtner,** einer größern Herrschaft, den 1. April k. J. aufzugeben, um eine andere ähnliche Stellung zu übernehmen.

Gefl. Offerten befördert **A. 99.** die Expedition dieser Zeitung.

Zugelaufen ist ein dunkelbrauner **Jagdhund** mit weißem Brustfleck und gestutztem, buscheligem Schwanz. Das Halsband hat auf dem Messingschild keinen Namen. Gegen Erstattung der Insertionskosten abzuholen **Dom. Pinne.**

Theater-Anzeige.
In Vo bereitung
für die
Weihnachts-Vorstellungen:
Fra Diavolo,
Komische Oper in 3 Akten v. Scribe. Musik von Auber.
Die lustigen Weiber v. Windsor,
Große Oper.
Der Bauer als Millionair
oder
Das Mädchen aus der Feenwelt,
Romantische Original Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen. Musik von Raimund.
In Vorbereitung
zu der
Kinder-Weihnachtsvorstellung
Neu
Die Wichtelmänner,
Weihnachtsmärchen in 6 Bildern von Fr. Bittong.
(Mit neuen Kostümen und neugemalter Dekoration).

Familien-Nachrichten.
Allen Freunden und Bekannten, welche unsern geliebten Sohn, Bruder und Schwager, den Locomotivführer
R. Bülow
zur letzten Ruhestätte begleitet haben, sowie dem Pastor Herrn Schlecht für seine trostreiche Rede am Grabe und der Kapelle des Niederschles. Fuß-Artillerie-Regt. Nr. 5 sagen wir unsern tiefgefühlten Dank.
Die Hinterbliebenen.
Wilhelmine Bülow, als Mutter,
Emma Spott, geb. Bülow, als Schwester,
Otto Spott, als Schwager.

Heute Abend 7½ Uhr ist mein einziger Bruder
Emil Kiehn
nach längerem Leiden sanft entschlafen.
Wloszanowo, 15. Dezember 1875.
Max Kiehn.

Todes-Anzeige.
Am 6. d. M. ist unser treue Seelsorger und Pastor
Eduard Sange
nach einem kurzen Krankenlager, in seinem 75. Lebensjahre am Herzschlage gestorben. Der Entschlafene, Superintendent a. D. und Ritter des rothen Adler-Ordens, hat in seinem Berufe als treuer Hirte unermüdet 49 Jahre hindurch im Amte als ein berufener Diener Gottes seine Gemeinde gepflegt und derselben gedient. Wir trauern mit den lieben Angehörigen um ihn, und werden sein Andenken stets unter uns wahren. Sanft ruhe seine Asche!
Samter, den 15. Dezember 1875.
Der evangel. Gemeinde-Kirchenrath und Gemeinde-Vertreter.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Antonie Abiger mit Dr. Wilhelm Remy in Hamburg—Stettin, Frl. Margarethe Friese mit Kaufmann H. Hachmeister in Berlin—Brandenburg, Frl. Emma Grönewold mit Kaufmann Carl Bader in Berlin, Frl. Therese Jaenicke mit Wilhelm Haberland in Treuenbrietzen. Frl. Maria von Aulock mit Prem.-Lt. Eugen von Mitschke-Collande I in Kostau, Frl. Maria Lange mit Dr. med. Egon Blome in Sevinghausen—Eppendorf, Frl. Marie vom Berge mit Hrn. Hermann Reckhoff in Bochum—Hemer i. W., Frl. Alwine Peschel mit Herrn Georg v. Mueller in Grünberg.

Verehelicht: Herr Richard Ehekircher mit Frl. Emma Hahn in Berlin, Herr Eberhard v. Cossel mit Frl. von Drathen in Hamburg, Hptm. Constantin Möring mit Fräulein Auguste Aschoff in Höxter.

Geboren. Ein Sohn den Herren: Hofapotheker Schneider in Berlin, Dr. Maximilian Salzmann in Berlin, Hermann Michaelis in Berlin, Redakteur Edmund Krafft in Breslau, Prem.-Lt. v. Rundstädt in Aschersleben, Rittmeister v. Sichart in Treptow a. Rh., Rittmeister a. D. v. Alemann in Stendal, Hptm. Nollau in Danzig, Hptm. Humann in Münster i. W. Eine Tochter den Herren: Lehrer J. Krüger in Berlin, Dr. med. Eichstädt in Berlin, Oscar Herrmann in Berlin, Bürgermeister Carl Zieleke in Kalau, Carl Guiremand, Max v. Cranach in Craazen, Rittergutsbes. Schäffer in Florsdorf bei Görlitz, Dr. Bielschowski in Brieg.

Interims-Theater in Posen.
Repertoir.
Freitag den 17. December:
Große Extra-Vorstellung.
Mittelpreise.
Auf Verlangen:
Die beiden Schützen.
Oper in 3 Akten von A. Lortzing.
Einlage im 3. Akt: Ständchen, Lied, komponirt vom Herrn Kapellmeister U. Köhler, ges. von Frl. v. Collini.

Sonnabend den 18. December:
Abschiedsvorstellung und Benefiz des Königlichen Hofschauspielers Herrn Gustav Müller vom Hoftheater zu Wiesbaden.
Auf Wunsch:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Akten von Schiller.
* Carl Moor: Herr G. Müller.

Sonntag den 19. December:
Der Maurer und der Schlosser.
Komische Oper in 3 Akten nach dem Französischen des Scribe u. Delavigne. Musik von Auber.
Dazu:
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.
Freitag: (Nicht rauchen!) **Die schöne Klosterbäuerin.** Original-Charakterbild mit Gesang in 3 Akten.
Die Direction.

B. Heilbronn's Restaurant.
Heute und folgende Abende:
Gesangsvorträge der Sängergesellschaft de la Garde.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.